

# Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Bezugspreis monatlich 45 Pf., vierteljährlich 1,35 Mk., einschließlich Trägerlohn. In den Abholstellen monatlich 40 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,25 Mk. einschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Die Spezialne Postkarte 30 Pf., für auswärtig 35 Pf., die 2. gewöhnliche Postkarte 1 Pf. Abholstellen und Wohnungsanzeigen 10 Pf. Anzeigen mit Nachbestimmung werden besonders berechnet. Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

## Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition  
Paradiesgasse Nr. 32

### Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion  
und Expedition 3290

Nr. 40

Danzig, Sonnabend den 5. Oktober 1918

9. Jahrgang

# Es dämmert!

Deutschland ist in schwerster Not. Leben und Zukunft des deutschen Volkes, auch der Arbeiterklasse, die den größten Teil des Volkes bildet, schweben in hoher ernster Gefahr. Im Westen remmen die Heere der Entente seit Wochen in widerwilliger Entschlossenheit und mit weit überlegenen Massen wie Maschinen gegen die deutschen Linien. In den letzten Tagen haben sie ihre Angriffe wesentlich erweitert. Im Süden der Front von Rheims bis zur Maas, im Norden von der Oys bis zum Meere. Von der Nordsee bis zur lothringischen Grenze tobt der Kampf. Auf einer Breite von mehr als 250 Kilometern haben die Deutschen sich zu wehren. Die Amerikaner, die erstlich überhaupt nicht über den Ozean kommen konnten, die zweitens militärisch nichts leisten können, die drittens gleich Null zu erachten sind — so lautete die Meinung des verflorenen Staatssekretärs der Marine Capelle und die bürgerlichen Blätter zollten ihm diese Monate lang begeistert Beifall —, diese Amerikaner haben ganze Abschnitte selbständig übernommen und durch ihr Eingreifen die jetzige Offensive — die größte und gewaltigste des ganzen Krieges — erst möglich gemacht.

Die Deutschen wehren sich zäh und mit all der Kraft, über die sie nach vier Jahren Krieg verfügen. Von dieser Gegenwehr hängt militärisch alles ab. Bricht etwa die Westfront — was wir nicht annehmen, was wir zu fürchten nicht die Verdunstung haben —

dann ist alles verloren.

Dem in denselben Tagen, an denen Deutschlands Heere auf französischem und belgischem Boden die deutsche Heimat zu schützen suchen, ist die Südfront eingebrochen. Bulgariens Heer schneidet mit einem Schlage ein ganz neue Lage.

Am vorigen Sonnabend malten die bürgerlichen Blätter noch hoffnungsgrün. Inzwischen ist bei einigen von ihnen, und zwar fortschrittlichen Gepräges, doch der kritische Blick ein wenig gewachsen. Die „Vossische Zeitung“ stellt daher die

### Folgen der bulgarischen Kapitulation

in der folgenden Darlegung fest:

Kommt Bulgarien zum Sonderfrieden mit der Entente, wohlverstanden zu einem Sonderfrieden, der von der Entente dem militärisch niedergeborenen Bulgarien diktiert wird, dann ist die Kapitulation der schon jetzt schwer bedrängten Türkei die notwendige Folge. Es ist ausgeschlossen, daß die Türkei, der jede Verbindung mit Deutschland abgeschnitten würde, sich allein halten kann, zumal die siegreiche Ententeheere vor den Toren Konstantinopels nicht halt machen würde. Die Wirkung einer derartigen Situation auf Rumänien ist jedem klar, der die dortigen äußerst geladenen Stimmungen kennt. Und die kennt mittlerweile jedes Kind.

Als die erste Folge der bulgarischen Kapitulation wäre der Zusammenbruch der Türkei und der erneute Anschluß Rumäniens an die Entente. Der gesamte Balkan würde damit reiflos der Entente ausgeliefert sein und gäbe ihr eine äußerst wertvolle militärische Operationsbasis gegen Oesterreich-Ungarn. . . . Ob Oesterreich-Ungarn bei gleichzeitigen Vordringens an der italienischen Front dieser Umklammerung selbst bei einer Unterstützung durch deutsche Truppen gewachsen sein würde, ist sehr fraglich. Jedenfalls wird eine Politik, die mit unsicheren Faktoren rechnen muß, den Zusammenbruch und damit die

Kapitulation Oesterreich-Ungarns als sehr wahrscheinlich ins Auge fassen müssen. Nicht unwesentliche Momente, die hier unerörtert bleiben können, sind geeignet, dieser Wahrscheinlichkeit den Charakter eines sicheren Faktums zu geben. Die selbstverständliche Solidaritätserklärung des Grafen Burian ist uns sehr wertvoll, sie könnte aber durch den Gang der Ereignisse sehr bald zu einer platonischen werden. Das Gewicht der Tatsachen würde stärker sein als alle Freundschaftserklärungen.

Der Umschwung in der militärischen und politischen Lage auf dem Balkan kann noch weitere Kreise ziehen: das ganze weite Rußland kommt hier noch in Betracht.

Die bürgerlichen und juristischen Gegner der Volkswacht werden aus dem Siege der Entente die größte Förderung erfahren. Sie behaupten sich im Bürgerkrieg ohnehin nur mit Aufgebot der letzten Kraft. Die Entente versucht seit Wochen, vom Norden und Osten aus eine neue Front gegen Deutschland herzustellen. Die Volkswacht haben bisher mit Ach und Krach die Anstrengungen der Gegner abgewehrt. Jetzt erwächst die größte Gefahr aus dem Süden. Die Engländer sind schon in Bulgarien eingedrungen. Der Weg zum Schwarzen Meer ist nicht mehr weit. Es winkt das Ziel, daß die englische Flotte sich des Schwarzen Meeres bemächtigen kann. Dann kommt der Stoß der Entente von Süden aus gegen das Herz von Rußland. Und in Rußland sind infolge des Brester Schwertriedens und all seiner Folgeerscheinungen einflußreiche, augenblicklich nur zurückgebrachte Schichten vorhanden, die auf den Tag dieser Erlösung von einem demütigenden Vertrag warten. Ihr Vertreter und Verteidiger des Brester Gewaltfriedens, jetzt ihr jetzt ein, welche geniale Leistung die geniale Politik der genialen deutschen Diplomaten unter der Billigung des genialen deut-

schen Bürgertums und seiner noch gentileren Junkertafel in den verhängnisvollen Januar- und Februartagen dieses Jahres vollbracht haben? Und wie unrecht ihr hattet, als ihr damals die deutsche Sozialdemokratie schmähtet und verhöhnet, die mit all ihrer Kraft sich gegen die Verblendung zur Wehr setzte? Das alles steht jetzt in Aussicht.

### Was ist dagegen zu tun?

Es gibt kein andres Mittel, um im Volke den Widerstandsgedanken zu stärken und die letzte Kraft aus ihm herauszuholen als die volle Demokratisierung, die Schaffung eines von Grund aus neuen Deutschlands. Der Obrigkeitstaat hat zu verschwinden. Ueber Nacht. Alle Macht dem Volke und alle Machtausübung den Vertretern des Volkes. Aller Feudalismus, aller Absolutismus, alle Reaktion, alle Bevormundung in den Orkus oder Deutschland stürzt in den Abgrund. An seinem Rande stehen wir schon.

Das ist das Gebot der Not. Nur wenn es erfüllt wird — ungefäumt, ohne Einschränkung, in voller Front bis zu den Wurzeln des staatlichen Daseins — nur dann wird das Volk neue Kraft und neue Begeisterung gewinnen, um die stärkste Belastungsprobe, die der Weltkrieg gebracht, zu ertragen. Denn nur dann wird jeder Volksgenosse erkennen, daß er den des Krieges, das Schlimmste alles Schlimmen für sich selbst, seine Freiheit und die freie Zukunft seiner Kinder zu führen hat.

Das Drängen der Mehrheitsparteien auf Schaffung einer parlamentarischen Regierung hatte am 30. September einen beträchtlichen Erfolg. Das Vossische Telegraphen-Büro verbreitete an diesem Tage folgende Meldung:

Seine Majestät der Kaiser hat an den Reichskanzler Grafen von Hertling den folgenden Erlaß ergelassen:

Euer Excellenz haben mir vorgelesen, daß Sie sich nicht mehr in der Lage glauben, an der Spitze der Regierung zu verbleiben. Ich will mich Ihren Gründen nicht verschließen und muß mit höherem Herzen Ihrer weiteren Mitarbeit entgehen. Der Dank des Vaterlandes für das von Ihnen durch Uebernahme des Reichskanzleramts in erster Zeit gebrachte Opfer und die von Ihnen geleisteten Dienste bleiben Ihnen sicher.

Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Mitbestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeitete. Es ist daher mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfang teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung. Ich bitte Sie, Ihr Werk damit abzuschließen, daß Sie die Geschäfte weiterführen und die von mir gewünschten Maßnahmen in die Wege leiten, bis ich den Nachfolger für Sie gefunden habe. Ihren Vorschlägen hierfür sehe ich entgegen.

Großes Hauptquartier, den 30. September 1918.

gez.: Wilhelm, I. R.

gegengez.: Dr. Graf von Hertling.

In diesem Erlaß spricht der Kaiser den Wunsch aus, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an den Geschicken des Vaterlandes mitarbeitete und daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfang an den Rechten und Pflichten der Regierung teilnehmen sollen. Das ist ein hartes Urteil über den bisherigen Kurs, ein weitgehendes Zugeständnis an seine Kritiker! Wenn eine wirksamere Mitarbeit des Volkes, eine weitere Teilnahme seiner wirklichen Vertreter an der Regierung als Programm aufgestellt wird, so ist damit gesagt, daß es in diesen Punkten bisher empfindlich gemangelt hat.

Ist aber hier eine Besserung notwendig, so muß sie auch durchgreifend sein. Ueber erste tastende Schritte sind wir längst hinaus, und zu spielerischen Versuchen eignet sich die Zeit wirklich nicht. Das Stadium der Experimente, das mit der Wahlrechtsreform vom 12. Juli 1917 und mit dem Rücktritt Bethmann Hollweg begann, muß abgeschlossen sein.

Bethmann war der vorletzte, Michaelis der letzte Kanzler des Deutschen Reiches, der ohne Befragung des Reichstags berufen wurde. Mit der Ernennung Hertlings wurde der erste entscheidende Schritt getan. Graf Hertling übernahm sein Amt erst nach Besprechungen mit den Parteiführern, er zog die fortschrittliche Volkspartei in seine Regierungsbildung mit ein. Was das für die innerpolitische Entwicklung des Reiches bedeutete, wird erst später, im großen Zusammenhang der Ereignisse, ganz klar werden.

Es war ein erster Schritt, dem der zweite notwendig folgen mußte. Die Notwendigkeit, ihn zu unternehmen, ist heute da. Die Sozialdemokratie hat den Eintritt in die Regierung Hertlings damals abgelehnt, weil ihr das Programm und die Person des menschlich hochachtbaren, aber politisch stark am Alten hängenden Reichskanzlers keine genügende

Garantie bot, ihm ihre Unterstützung zuzusagen. Sie blieb mit den bürgerlichen Mittelparteien in enger Fühlung, bewahrte sich aber gegenüber der Regierung vollkommen das Recht der freien Kritik. Und so ergab sich der seltsame Zustand einer parlamentarischen Mehrheit, deren linker Flügel in Opposition zur Regierung stand.

Was die Sozialdemokratie dem Grafen Hertling vorwarf, das war, daß er nicht die Politik der Mehrheit und auch nicht die Politik einer eigenen starken Persönlichkeit trieb, die sich eine Mehrheit schafft, sondern in entscheidenden Momenten immer den hohen Militärs die politische Führung überließ. In welchem Maße das der Fall war, zeigte sich am deutlichsten bei der Entlassung Kühlmanns. Dieser Staatssekretär des Auswärtigen hatte bleiben dürfen, nachdem er den unheilvollen „Frieden“ von Brest-Litowsk nach dem Diktat des Generals Hoffmann geschlossen hatte, er mußte gehen, als er in einer Reichstagsrede einen klareren Blick bekundete als die Anhänger der „rein militärischen Entscheidung“. Damals war hier zu lesen: „Kühlmannsche ist Kanzlersche!“ Graf Hertling hat den von ihm preisgegebenen Staatssekretär knappe zweieinhalb Monate überlebt.

Wir stehen nun vor der Notwendigkeit, mitten im Kriege einen Wechsel unseres Regierungssystems vorzunehmen und blicken auf eine lange Reihe von Versäumnissen zurück, die die diesen Uebergang bedeutend erschweren. Vielleicht hätten wir es heute leichter, wenn wir schon seit 30 Jahren vor dem Krieg, etwa seit dem Sturze Bismarcks, das parlamentarische System befestigt hätten! Aber noch vor fünf Jahren hat der ganze Reichstag gelacht, wenn ein Abgeordneter den Kaiser riskierte: „Sähe der Herr Kollege X in der Regierung, dann usm.“ So stark war das Gefühl der Volksvertretung selbst, daß die Männer der Regierung immer nur aus „höheren Regionen“ entnommen werden mußten!

Und gar die sozialdemokratische Partei, auf die sich jetzt die Blicke hilfesuchend wenden — daß sie zur Bildung einer Regierung mitarbeiten werden könnte, war schon das äußerste eines unvorstellbaren Gedankens! Erst der Krieg hat das Unterste zu oberst gekehrt und den Eintritt von „vaterlandslosen Gefellen“ in die politische Leitung des Vaterlandes zu einer Frage von brennender Aktualität gemacht.

So war für alle Parteien, die heute zur Regierungsbildung berufen sind oder berufen werden sollen, die Spanne der Vorbereitungszeit reichlich kurz bemessen. In den Parteien der parlamentarisch regierten Länder sitzen zahlreiche Männer, die die Lehrzeit des Regierungshandwerks längst hinter sich haben und aus deren Kreis manche taftkräftige Persönlichkeit hervorsprang, deren Wirken ihrem Volke zu hohem Nutzen gereichte. Wir aber lassen jetzt erst zeigen, daß wir das auch können.

Die sozialdemokratische Partei will zeigen, daß sie das auch kann, wenn man ihr Gelegenheit dazu gibt! Die Zeit fordert ganze Männer und ganze Entschlüsse. Jede Zimperlichkeit, jede Bedenkenträgerei, jedes Hängen an veralteten Vorurteilen müßte aber gründlich ausgeräumt werden! Wir brauchen nicht Sozialdemokraten als Minister, sondern sozialdemokratische Minister. Männer, die in ihrem Amte das bleiben, was sie sind und dort mit leidenschaftlicher Energie für das Wirken, was sie als Sozialdemokraten für das Nützliche und Notwendige halten. Männer, die nicht fragen, was danach kommt, wenn sie den Krampf hinstreifen, sondern die unter dem Zwange ihrer Ueberzeugung ihren Weg bis zu Ende gehen!

Der „Vorwärts“ teilt die Umrisse der neuen Regierung mit, soweit sie schon erkennbar sind: Reichskanzler Prinz Max von Baden, Vizekanzler von Bayer, Staatssekretäre ohne Portfeuille: Scheidemann und ein Zentrumsgesandter, ein parlamentarischer Unterstaatssekretär: ein Sozialdemokrat. Ueber die Besetzung des Staatssekretariats des Auswärtigen (wie bisher): Staatssekretär: einer von den drei vorgeschlagenen Diplomaten, die alle drei mit ihrer Ueberzeugung auf dem Boden des neuen Regierungsprogramms stehen. Zwei neue parlamentarische Unterstaatssekretäre, die Parteien sind noch unbestimmt. Dann kommt das Reichsarbeitsamt (neu) Staatssekretär: ein Sozialdemokrat (über die Person soll nach die Generalkommission der Gewerkschaften befragt werden), zwei parlamentarische Unterstaatssekretäre: ein Fortschrittler, ein Zentrumsmann. Weiter Reichsamt des Innern: Staatssekretär: ein Zentrumsgesandter. Reichspressesamt (neu), Staatssekretär: Erzberger, zwei parlamentarische Unterstaatssekretäre: ein Fortschrittler, ein Sozialdemokrat. Reichswirtschaftsamt: Staatssekretär: von Stein, ein parlamentarischer Unterstaatssekretär: ein Sozialdemokrat. Reichsschatzamt: Staatssekretär (wie bisher): Graf Roeder, ein parlamentarischer Unterstaatssekretär: ein Zentrumsgesandter. Preussisches Staatsministerium: Sozialdemokrat, Zentrum und Fortschrittspartei stellen je einen Minister. Die neue Regierung, sagt der „Vorwärts“, ist als eine kollegiale gedacht, an deren entscheidenden Entschlüssen alle Staatssekretäre teilnehmen. Reichskanzler, Vizekanzler und die beiden Staatssekretäre ohne Portfeuille sollen ihren engeren Ausschluß darstellen. Die neue Regierung werde es als ihre Aufgabe betrachten, der Welt und dem deutschen Volke den Frieden wiederzugeben. Dieser solle ein dauernder sein, er solle sich auf den Völkerverbund gründen und eine allgemeine Abrüstung ermöglichen, die politische und wirtschaftliche Freiheit der Völker sichern und den Völkerverbund nach dem Kriege ausschließen.

# Friedensarbeit

## England zu Oesterreichs Friedensnote

Wien, 20. September. „The Times“ meldet: Die englische Antwortnote an Oesterreich, die unterwegs ist, ist in einem billigen oder bestimmten Ton gehalten. In der Note wird die Aufforderung an Oesterreichs Führer gestellt, bestimmte Zugeständnisse zu machen. Die Note ist in siebenbürgischen Veranlassungen zwischen den beteiligten englischen Regierungskreisen fertiggestellt worden.

## Deutschland

### Gegen die ganze Hölle

Eine Berliner Tageszeitung, der konservativ-alledeutsche „Reichsbote“, veröffentlicht in seiner Nummer 475 vom 20. September einen „Aufruf an die Väter Deutschlands“. Verfasser ist ein „betaueter Evangelist“, Johannes Seitz, in Leipzig-Wolkramsdorf. In dem Aufruf steht wörtlich zu lesen:

„Unsere innere und äußere Lage hat sich durch den nun vier Jahre tobenden Weltkrieg derart gestaltet, daß nur vereinigtes, vereinigtes, anhaltendes Flehen und Schreien uns helfen kann.“

Bei einem Rückblick auf die hinter uns liegenden Kriegsjahre können wir nicht genug anbeten und danken. Wir müssen mit dem Blamisten sagen: „Er hat seine Wunder an einem sündigen Volk und sündigen Königreich getan.“ Wie viele von denen, die beten können, haben noch gar nicht und andere haben noch viel zu wenig erkannt, daß wir es nicht nur mit den sichtbaren Feindesmächten, sondern auch mit den furchtbaren, dämonischen Gewalten und Kräften der unsichtbaren Welt zu tun haben. Hinter dem Vernichtungswillen all unserer sichtbaren Feinde steht der Vernichtungswille der ganzen Hölle. Die Hölle weilt es nur zu gut, wenn Deutschland so zertrübt, zerstört und vernichtet würde, wie es unsere sichtbaren Feinde im Schilde führen, dann auch für das Reich Gottes in Deutschland nicht mehr viel zu machen wäre. In die tiefen Arbeitsgebiete im Reich Gottes, die seit einem Jahrhundert entstanden sind, und sich immer weiter ausbreiten, haben den Grimm und die Wut der Hölle erregt und diese Wut der Hölle, die Deutschland vernichten möchte, hat sich in unsere sichtbaren Feinde ergossen und dieselben inspiriert. Gegen diese furchtbaren Mächte des Abgrundes können unsere Feldherren mit ihren Kriegsheeren, wenn sie auch noch so tüchtig sind, allein nichts ausrichten. Jede uns, wenn die Gebetsgemeinde ihre große Aufgabe, die ihr in diesem Kriege gestellt ist, nicht erkennt. Gegen diese satanischen Gewalten der Lüge und der Finsternis helfen keine Reichsartillerie und keine Kanonen, sie sind nur durch die Macht des Gebets zu brechen und zu besiegen. Dagegen muß die ganze Gebetsgemeinde, und wer nur beten kann, mobil gemacht werden. Gott hat uns überreichlich gezeigt, daß er bereit ist, uns zu helfen, und den Sieg zu geben. Er hätte uns wohl schon längst den Sieg gegeben, wenn nicht die himmelschreiende Unbühfertigkeit wütendes Hasses hindernd im Wege gestanden und den ganzen völligen Sieg bis jetzt noch aufgehalten hätte.“

Daraus zu entnehmen, daß die Deutschen das gottloseste Volk sind, und daß nur ihre himmelschreiende Unbühfertigkeit Schuld an der langen Kriegsdauer ist. Wird sich da die „Gebetsgemeinde“ beträchtlich mit dem Beten anstrengen und werden da die Frommen den Mut zum Durchhalten mit leichtem Sinn aufbringen? Es ist doch nichts Kleines, den Kampf mit der ganzen Hölle aufzunehmen.

Der konservativ-alledeutsche „Reichsbote“ erweckt den Anschein, wie wenn er mit der Buzpredigt seines neuen Evangelisten zu den Riesmachern und Hauch Aposteln übergehen wolle.

### Ein Geheimrat des Kriegeministers

Bei dem in der Mittwochs-Sitzung des Hauptauschusses befaßten Geheimrat des Kriegeministers handelt es sich um ein Schreiben des Herrn von Seiner an die Minister des Innern der Einzelstaaten. Das vom Abg. Gröber verlesene Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Der Ober-Militärbefehlshaber,  
Nr. 4678, 18 a. H. C.

Berlin, D. 66, den 8. Juli 1918.

Die Zentralstelle Völkerrecht und die Deutsche Friedensgesellschaft entwickeln wieder eine große Propagandastärke. Von beiden Seiten sind Aufforderungen an die Ausführendenmitglieder, Ortsgruppen und Vertrauenspersonen ergangen, in möglichst vielen Versammlungen für einen Verständigungsfrieden im Sinne der Reichstagsentscheidung vom 19. Juli 1917 einzutreten.

Da deren Organisations- und Abhaltung von öffentlichen Versammlungen nicht gestattet wird, sollen freie Bürgerauschüsse gebildet werden, um solche Versammlungen zu ermöglichen. Da auch dieses Verfahren nicht zum Ziele führt, wird die Abhaltung geschlossener Versammlungen empfohlen. Vielfach sollen Versammlungen, an denen öffentlich eingeladen wird und ledernannt Zutritt

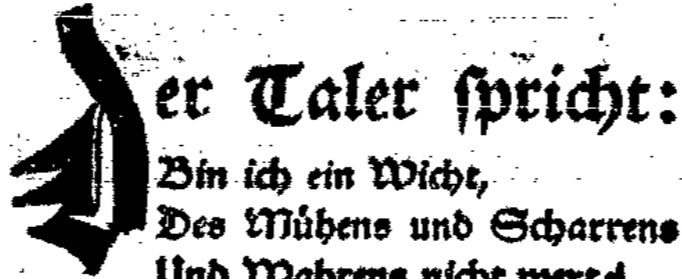
## Die Danziger Theaterverhältnisse

Sehen wir eine nachdrückliche Warnung, auf diesem Gebiet die notwendigen im Interesse der Kunst wie der Künstler in gleichem Maße geborenen Reformen nicht zu unterlassen. Zum 1. Septbr. 1918 ging das der Regierung gehörige Theatergebäude in den Besitz der Stadt über. Die Leitung des Theaters überließ die Stadt jedoch dem neuen Dr. von Schaper. Sie behielt sich nur die Kontrolle der Finanzverwaltung vor. Dem Direktor wurden 18.000 Mark Jahresverdienst garantiert. Von dem übrigen Erlöse der Theaterkasse der Provinzverwaltung erhielt er noch einen Prozentsatz von 20 Prozent. So war die Verwaltung ein Unternehmen von Privat- und halbprivatem Charakter, das natürlich einige finanzielle Vorteile gegen den früheren Zustand bot, aber sonst niemand befriedigen konnte. Der Übergang zur städtischen Regie, die einen würdevollen Grundbesitz eines Stadttheaters, das natürlich der Stadt dienen soll, schenkt die städtischen Behörden als auch betrübt ab. Doch persönliche der Bürgermeister Dr. Baill unter dem Genossen Adolf Barzel in einer Unterredung im Rathaus wie auch später der Theaterkommission, daß es Charakter der Stadt ist, nicht zu sagen, daß die Künstler vertraglich zu gestellt werden, wie es eines städtischen Theaters würdig ist. Trotz des glänzenden Erfolges des im Hinblick erwarteten Theaters helfen die Künstler bald Mitleid zu, daß ihnen noch nicht einmal in allen Fällen die Friedensgehälter gezahlt werden. Denn trotz der Abzahlung der ersten Gehälter von nur 7 1/2 Monaten eine Vereinbarung von 144.394,35 Mark, von denen die Stadt 73.158,61 Mark und Direktor Schaper 71.235,74 Mark erhielt. Die Regeln der Künstler erlassen hier nach in ganz besonderer Weise.

Der Kaiser der Stadt nach Ablauf der ersten zwei Spieljahre eine Verdoppelung des Verdienstes mit Direktor Schaper vor. Er soll außer den 18.000 Mark Grundverdienst, von der Provinzverwaltung übernommen nur noch 20 Prozent erhalten. Sein Gehalt für die Stadt soll deshalb noch etwas mehr, denn eines Angestellten gehobener werden. Die Künstler sollen ihm jedoch wissen, ganz wie in einem städtischen Theater unterstellt bleiben. Auch Künstler in manchen Fällen gegen die Leitung geltend gemacht. Es wurde bemängelt, daß Schaper trotz der glänzenden Einnahmen eines Privattheaters erpicht ist, die Stadt zu schaden. In eine öffentliche Erklärung durch den Vorstand des aus dem Theaterkommissionen des Herrn Dr. Baill unter dem Genossen Adolf Barzel in einer Unterredung im Rathaus wie auch später der Theaterkommission, daß es Charakter der Stadt ist, nicht zu sagen, daß die Künstler vertraglich zu gestellt werden, wie es eines städtischen Theaters würdig ist. Trotz des glänzenden Erfolges des im Hinblick erwarteten Theaters helfen die Künstler bald Mitleid zu, daß ihnen noch nicht einmal in allen Fällen die Friedensgehälter gezahlt werden. Denn trotz der Abzahlung der ersten Gehälter von nur 7 1/2 Monaten eine Vereinbarung von 144.394,35 Mark, von denen die Stadt 73.158,61 Mark und Direktor Schaper 71.235,74 Mark erhielt. Die Regeln der Künstler erlassen hier nach in ganz besonderer Weise.

hat, von den Behörden als geordnete Verhandlungen gemacht werden, falls nur die Form der Ausgabe von Eintrittskarten gewahrt wird. Die Tagesordnung soll einheitlich lauten: „Der Frieden braucht unser Volk.“ „Es ist für die in den Kriegsjahren eingetragenen Entlassenen ein gleichberechtigtes Mitspracherecht zu geben.“ „Der Vorkriegsstand der Kultur ist zu erhalten.“ Die Deutsche Friedensgesellschaft unter Herausgabe einer Zeitschrift mit Themenangaben die Veranstaltung ihres Sekretariats an. Die vorgeschriebene Bewegung ist ein neuerlicher Ausbruch der unermesslichen Propaganda für den internationalen Sozialismus. Unter Hinweis auf meinen Erlass vom 7. November 1915 Nr. 2740, 15. g. H. C. erlaube ich, die Abhaltung der in Aussicht stehenden Versammlungen und Feste zu verhindern. G. v. Stein.

Wie bekannt geworden ist, hat der bayerische Minister des Innern diesem Ersuchen nicht stattgegeben.



## Der Taler spricht:

Bin ich ein Wicht,  
Des Mühens und Scharrens  
Und Wahrens nicht wert?  
Wer schmiedet aus mir  
Das deutsche Schwert?  
Da hat ihn die „Neunte“  
Schweigend genommen:  
Er ist in die rechte  
Schmiede gekommen.

### Das sozialdemokratische Minister-Programm

beurteilt der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Dr. Ludwig Haas (Karlsruhe) in der Nr. 491 des „Berliner Tageblatt“ u. a. so:

„Die Sozialdemokratie ist nur bereit, in eine neu zu bildende Regierung einzutreten; es könnte in kurzer als schwerer Fehler erkannt werden, wenn der Wille einen Mann zu halten, starker sein sollte, als die Erkenntnis, welche Bedeutung für die Stimmung des Volkes der Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung hat. Die Sozialdemokratie hat erklärt, daß sie der jetzigen Regierung kein Vertrauen entgegenbringt; auch wer persönlich die Tätigkeit der Regierung anders beurteilt und geneigt ist, für ihre Fehler, die wohl kaum zu leugnen sind, mehr die Verhältnisse und das System, als ihren Willen an Entschlußkraft verantwortlich zu machen, müßte begreifen, daß Menschen immer zu ersehen sind; unerlässlich aber ist das Vertrauen des Volkes.“

Es gibt noch immer bürgerliche Kreise, die ihre spießbürgerliche Sicht vor der Sozialdemokratie nicht überwinden können und denen es unheimlich wird, wenn vom Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung gesprochen wird. Sie sind im Süden des Reiches, wo man schon im Frieden mit der Sozialdemokratie zusammen arbeitete, seltener als im Norden, wo es fast nach den Anschauungen mancher Kreise gegen die „guten Sitten“ verstoßen hat, einen Sozialdemokraten die Hand zu geben. Man muß auch mit dieser Sicht rechnen; aber man muß ihr sagen, daß die Not des Vaterlandes ihnen die Pflicht auferlegt, alle Vorurteile zu überwinden, und daß ohne die freundliche Mitwirkung der Sozialdemokratie die Stimmung im Volke nicht geschaffen werden kann, die wir brauchen, wenn die imperialistischen Pläne unserer Feinde am eisernen Willen des deutschen Volkes scheitern sollen.

Wichtiger noch als die Demokratisierung und Parlamentarisierung ist die Befähigung jeder unverantwortlichen Nebenregierung. In den feindlichen Demokratien, in England, Frankreich und Amerika haben wir die einheitliche Leitung in der straffsten Geschlossenheit. Wir bildeten uns vor dem Kriege ein, daß nirgends mehr als bei uns in Tagen der Gefahr die Einheit der öffentlichen Gewalten gewährleistet sei. Das Gegenteil trat ein. Man kann die Stellen kaum ausfüllen, die selbständig und oft genug gegeneinander Politik machen; es fehlt jede klare Abgrenzung des Zuständigkeitsbereichs; dem stärksten Reichsorgan wäre es unmöglich, seine Politik und seinen Willen durchzusetzen. Man kann auf die Dauer keinen Weltkrieg führen ohne einheitliche starke politische Leitung. So ist auch die Erfüllung dieser Forderung eine Voraussetzung der glücklichen Führung des schweren Kampfes um unsere nationale Existenz.

Wie die Entwicklung sich vollzieht, ob jetzt schon oder erst in einigen Monaten auf Grundlagedes sozialdemokratischen, aber von anderer Seite mit derselben Wärme befeuertem Programm die Reorganisation angebahnt wird, ist heute noch nicht zu übersehen. Je schneller und mit je größerer Energie das angebahnt wird, was ja doch kommen muß, desto besser. Eine Politik, die eine Politik des „zu spät“ werden kann, ist eine unheilvolle Politik. Wenn ein Volk im Kampfe steht für seine Zukunft, wenn es zur Anstrengung der äußersten Kraft ausgerufen werden muß, dann ist keine Zeit für zaudernde Ermügelungen und Bedenken, aber entschlossenes Handeln dringendes Gebot.“

### Demokratie über proletarische Diktatur

Was tun eigentlich die „Unabhängigen“? In welcher Weise versuchen sie für den Frieden, für das gleiche Recht des Volkes, für eine Besserung der Ernährungsverhältnisse, überhaupt für die Volksinteressen zu wirken? Man hört und sieht von ihnen nichts, und das einzige, was in ihren Blättern ausführlich erörtert wird, ist die Frage, ob die Volkswelt recht daran tut, Gewalt anzuwenden, oder ob sie die Pflicht hätte, streng demokratisch vorzugehen.

Gegen Rautsky, der gleich eine ganze Broschüre darüber verfaßt hat, daß die proletarische Diktatur alle demokratischen Formvorschriften beachten müsse, wendet sich in der „Leipziger Volkszeitung“ seine allerengste Parteifreundin Clara Zetkin, sie schreibt:

„Aufhebung der Konstitution und Ausnahmerechte für Minderheiten, gewalttätige Maßnahmen wider Gegner sind wie die Erklärung des Massenerröses bittere Früchte der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. Sie sind zu betrachten als Maßregeln der Kriegsmittelverteilung. Si in guerra comme à la guerre. Im Kriege gilt Kriegsgebrauch. Und die des revolutionäre Rußland führenden Volkswelt stehen in einem Kriege von unvergleichlicher Tragweite. Hier verjagen die moralischen, die politischen Maßstäbe des Alltags.“

Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß im Kriege schrankenlose Gewalt zulässig ist, was wollen dann die „Unabhängigen“ noch gegen den Belagerungszustand und Liebesgriffe der Militärorgane einwenden?

### Der Richtige gewählt!

Bei der Landtags-Erwahl des Kreises Stolp-Lauenburg wurde der konservative Pastor Philippus aus Charlottenburg mit 359 Stimmen ohne Gegenkandidaten gewählt. — Der Mann, der einst von der Kanzel Gott für den Krieg gebankt hat, gehörte auch unbedingt zur Verzierung der konservativen Fraktion des Dreiklassenhauses.

### Die „Unabhängigen“ und die Volkswelt

Es gibt kaum eine wichtige Frage, zu der man eine saubere Stellungnahme der „Unabhängigen“ kennt. Am buntesten scheint jedoch der Wirrwarr zu sein, der bei diesen wissenschaftlich unbeherrschten „Revolutionären“ in der Beurteilung der Volkswelt herrscht. In den tollsten Widersprüchen setzen sich ihre Wortführer jetzt breitspurig behaglich darüber auseinander, ob die Anwendung von Terror unter den russischen Verhältnissen erlaubt ist. Diese papierenen Spießbürger, die den Weltkrieg wie irgend einen beiläufigen Esstischabend behandelt, wird selbst denen zu bunt, die sie als ihre besten russischen Freunde bezeichnen. So hielt Radel am 3. September in der vereinigten Sitzung des Moskauer Arbeiterrats, der Deputierten der Roten Armee, des Fabrikkomitees und der Gewerkschaftsverbände eine große Rede über die Lage der Sowjet-Republik. Er erkannte die friedliche Haltung Deutschlands gegenüber dem unehrlichen Kriegstreiber der Entente, „Demokratie“ offen an. Gegen die neunmalweisen Ratschläge der „Unabhängigen“ Zeichendeuter Bernstein und Rautsky erklärte Radel ganz unverblümt:

„Wenn die Bernsteins und Rautskys, die Erbtier des Geistes in den Arbeitermassen, das Vertrauen der Massen zu uns untergraben und diesen Massen zu verfehlen geben, daß wir uns dem deutschen Imperialismus unterwerfen, so haben wir für sie nur das Gefühl großer Verachtung übrig. Diese Leichname des Sozialismus haben ein Jahr lang gewartet, bevor sie sich entschlossen, in kläglichen Worten gegen den deutschen Imperialismus aufzutreten. Sie haben ja bis auf den heutigen Tag, bis in das fünfte Kriegsjahr hinein die Grenzen einer antikommunistischen Schreibweise nicht überschritten und schädigen den deutschen Imperialismus nur durch Papierverschwendung.“

Wir möchten zu dieser treffenden Abfuhr der „unabhängigen“ Zippelmützen nur noch bemerken, daß jene „unabhängigen“ Herrschaften noch niemals die Unterwerfung der Russen unter den Entente-Imperialismus entdeckt haben. Aber das wundert ja niemand mehr, der die — Objektivität dieser „Revolutionäre“ kennt. Daß ausgerechnet ein Radel sich dagegen wehren mußte, ist aber doch hochinteressant.

### Choleraerkrankungen in Berlin

In Berlin sind in den letzten Tagen sieben Fälle von Asiatischer Cholera vorgekommen, von denen sechs tödlich verlaufen sind. Die Erkrankten waren in Krankenhäusern abgefordert. Die erforderlichen Maßnahmen sind getroffen. Ein Grund zur Beunruhigung liegt nicht vor.

### Glänzender Kriegs-Geschäftsgang

Der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation kommt wieder als erstes der großen Unternehmen, deren Geschäftsjahr am 30. Juni endet, mit seinem Abschluß heraus, der trotz aller Klagen über das Steigen der Aufkosten genau so glänzend wie im Vorjahr ist. Nach Abhebung der Kriegsteuer beträgt der Rohgewinn 23 Millionen Mark, der Reingewinn 15,6 Millionen Mark, die Dividende aber nur 2 1/2 Prozent gegen 25 Prozent im Vorjahr. Der Reingewinn hätte die Verteilung der Dividende in der Vorjahrshöhe erlaubt, aber offenbar lag der Verwaltung an einer Demonstration für höhere Kohlen- und Eisenpreise.

R. Kawalki, dessen kunstfreundiger Idealismus und eine seltene Beherrschung aller Theaterfragen ihn ganz besonders zu einem Urteil über das bisherige System und die notwendigen Veränderungen befähigen. Als führendes Mitglied der Theaterkommission konnte er denn aus praktischer Erfahrung mit besonderem Gewicht sprechen. Er übertrug in der Hauptfrage nach der „Danziger Zeitung“ aus:

„Der neue Vertrag könne ihn nicht befriedigen, nach seiner Meinung wäre es richtiger, zu einem Theater in der Regie der Stadt überzugehen. Die beiden verlassenen Jahre haben bewiesen, daß die Leitung des Theaters keine so schwierige Aufgabe ist. Immerhin muß man hier eine Abklärung eintreten lassen: entweder Geschäfts-Theater oder Theater in eigener Regie. Die vorhandene Scheu vor den neuen Ausgaben muß überwunden werden, wenn es auch nicht leicht ist, in einen so spröden Betrieb einzugreifen und mit dem Künstlerstand zu verfahren. Es ist jetzt eine Liste über die Bezahlung der Künstler vorzulegen, die Redner mit dieser Bezahlung getrieben hat. Es sind Gegenangaben darin, die direkt befragt sind. Wenn Gegen für erste Kräfte darin stehen, die niedriger sind als die Entlohnung, die ein angesehener städtischer Arbeiter erhält, so ist das für einen Künstler geradezu unwürdig. Redner behauptet es sei, daß hier keine Veränderung geschaffen worden ist. Er erklärt, so etwas nicht mitmachen zu können, denn bei einer derartigen Bezahlung dränge man die weiblichen Theaterkräfte auf die Straße und veranlasse sie zum Hungern. Es ist heute unmöglich, Wohnung und Nahrung für 200 bis 350 Mark zu bezahlen. Es sind aber im ersten Halbjahr 200 bis 350 Mark vorhanden, die 7 1/2 Monate hindurch mit 200 bis 350 Mark bezahlt werden. (Hörstört-Rufe.) Bei dem Chor und Orchester sind die Verhältnisse ähnlich; es muß eine gründliche Veränderung der Gagen vorgenommen werden, denn es geht nicht an, daß der Direktor in drei Jahren eine Viertelmillion verdient und seine Künstler hungern läßt. (Unruhe.) Redner wird im Theater des Gehalts nicht los, daß die Künstler, die am Abend der Bevölkerung höchste Kraft bieten sollen, sich am Tage nicht halten konnten. Das ist eine Folge des Systems, das im Geschäftstheater liegt. Wenn man in Bezug auf Theater haben will, das der reinen Kunst dienen soll, dann muß man zu einem Theater in eigener Regie kommen. Die werden aber dazu kommen, wenn nicht heute, dann nach drei Jahren. Die Verhältnisse werden darauf hin.“

Widern Kawalki hat dann die hohen Fähigkeiten des Direktors Schaper als Regisseur hervor und meinte, daß er auf diesem Gebiet im ersten Jahre Glänzendes geleistet hat. Er hat dann aber auch gesagt, daß es ohne diese Anstrengungen geht, denn man kann nicht werden ins Theater gehen, so daß ihm der Verdienst mühselos — die Abrechnungen bringen allein jährlich 50—100.000 Mk. Anfangslohn — zugeht. Mit einer beherzten Zusage, daß es auch so geht, ist

den Besuchern aber nicht gedient, denn man will an jedem Abend eine künstlerisch vollendete Vorstellung sehen. Diese Unterlassung mag zunächst führen sein auf eine Überlastung des Direktors, der sich in den ersten Jahren den im Verträge vorgesehenen Oberregisseurenschaft. Das ist in diesem Jahre geändert mit der Berufung eines Dramaturgen. Es muß auch mit einer ordentlichen Vertretung des Direktors bei seiner Abwesenheit gerechnet werden; eine tüchtige Schreibmaschinendame ist keine Vertretung für den Theaterdirektor! Auch sind Klagen in bezug auf die innere Disziplin laut geworden, die beweisen, daß nicht alles Gold ist, was glänzt, und daß auch die glänzenden Zeugnisse lauschen; es wird eben am Theater zu viel Theater gespielt. Die Mitarbeit in der Theaterkommission, die sehr fleißig gewesen ist, ist keine reine Freude. Trotz der Anstrengungen des Magistrats und des Oberbürgermeisters ist es häufig nicht möglich, die verschiedenen Sachen in eine Formel zu bringen, die wissenschaftlich wert wäre. Redner hat auch zu betonen, daß die persönlichen Beziehungen, die sich zwischen den einzelnen Mitgliedern der Theaterkommission und der Direktion eingestellt haben, gewisse Rücksichten zellen, und daß Indiskretionen stattfinden, die es unmöglich machen, das Kind beim richtigen Namen zu nennen. (Große Unruhe.) Das ist zwar unerfreulich, hier zu sagen, aber dazu sind wir da. (Zurufe: Innerhörd!) Es ist möglich gewesen, daß Dinge, die in der Kommission von einer Seite zur Sprache gebracht worden sind, in wenigen Stunden an eine Stelle gelangten, an die sie nicht gelangen sollten. Dies ist zwar gerügt worden, aber Näheres ist nicht festzustellen.“

Oberbürgermeister Scholz konnte gegen diese aufsehenerregenden Mitteilungen, wahrlich nicht geistlich, nur das Interesse Kawalkis für das Theater aufreufen! Ferner nannte er die höheren Einkünften der Gagenliste ohne zu sagen, daß sie nicht Monatsbeträge sind, sondern im Jahre nur 7 1/2 Prozent gezahlt werden. Bürgermeister Dr. Baill nannte wenigstens die vollen Monatsausgaben an Gagen: 1916 waren es 27.450 Mark, 1917 auch erst 31.000 Mark und 1918 immer noch bloß 42.170 Mark. Trotz der Kriegsteuer betrug die Steigerung gegen das erste Jahr also bloß etwas mehr als 50 Prozent. Dabei bleibt noch ganz dahingestellt, wieviel die Erhöhung im Einzelnen betrug. Der Direktor verdiente im ersten Jahr allein über 71.000 Mark, die Stadt sogar über 73.000 Mark, gegen 27.450 Mark Gage für sämtliche Mitwirkenden; in mehr als einem vollen Monat! Da der Künstler bei 7 1/2 Prozent Monats Gehalt von der Gage eines Vertragsmonats fast volle zwei Monate leben muß, so erreichte die Jahresgage für sämtliche Künstler gerade noch den Reingewinn für Stadt und Direktion! Das ist die lapidare Wirklichkeit im Reich der göttlich genannten Kunst! Am Donnerstag stellte der Stadtdirektor Dr. Thun fest, daß im Schauspiel von 24 Künstlern noch 6 und in der

Die reichlich des Unternehmens — trotz der Kriegsjahre, die vor Zerschlagung des Kapitalismus abgelehrt wurde — geachtet hat, laßt folgende Aufstellung:

Jahr	Bruttoüberschuß	Abreibungen	Dividende
1917/18	23 000 000	7 400 000	22%
1916/17	22 900 000	7 330 000	25
1915/16	22 600 000	7 250 000	25
1914/15	11 800 000	4 500 000	14
1913/14	9 800 000	5 400 000	10

Auch den „reinen“ Eisen- und Stahlwerken geht es glänzend. So durchläuft folgende Notiz die Handelspresse: „Das Annener Gußstahlwerk in Annen bei Dortmund war in dem Ende Juni abgelaufenen Rechnungsjahr 1917/18, trotz der hervorgerufenen Schwierigkeiten allgemeiner Art, recht stark beschäftigt. Dementsprechend dürfte auch das finanzielle Ergebnis wieder günstig ausfallen. Ueber die zur Ausschüttung kommende Dividende kann Endgültiges jetzt noch nicht gesagt werden, soweit jedoch ein Ueberblick möglich ist, läßt sich annehmen, daß die Ausschüttung von der vorjährigen nicht abweichen wird. Im Vorjahr wurden 25 Prozent Dividende verteilt, gegen 15 Prozent für 1915/16 und 12 Prozent 1914/15; die augenblickliche Beschäftigung ist günstig.“

## Rußland

### Die finnische Königsfabrikation

Helsingfors, 29. September. Der von der Regierung vorgelegte neue Verfassungsentwurf befindet sich unter anderem die Bestimmung der früheren Vorlage, wonach das Mündigkeitsalter des Bräutigams mit 18 Jahren eintritt und das Verbot von Verfassungsänderungen während eines Interregnums. Das Recht der Krone, Einnahmen und Ausgaben persönlich zu bestreiten, wenn der Staatshaushalt nicht vor Beginn des Rechnungsjahres vom Landtag festgestellt ist, werden enge Grenzen gezogen, dagegen bleibt das in dem ursprünglichen Entwurf vorgesehene absolute Vetorecht der Krone in Verfassungsfragen, Fragen der Landesverteidigung und Fragen der Thronfolgeordnung unverändert. Dem schwedischen Volkselement wird dadurch entgegengekommen, daß die Sprachparagrafen in ihrer ersten für die Schweden günstigeren Fassung wieder eingeseht sind. Das nächste Plenum des Landtages findet am 1. Oktober statt. Es wird angenommen, daß die Behandlung der Vorlage mindestens zwei Wochen in Anspruch nimmt und daß die Königswahl um ebenso viel verzögert wird.

## Der Stand ohne Mittel

Es gibt leider immer noch Arbeitnehmerschichten, die sich in aller Gedankenlosigkeit zum Mittelstand rechnen, und zwar sind dieses die Angestellten. Es muß ja zugegeben werden, daß ein Teil der Angestellten vor dem Kriege in besserem Verhältnis sich befand. Das war aber nur ein verschwindend geringer Bruchteil der Angestellten, der größte Teil befand sich schon damals in kläglichen Verhältnissen. Eine Statistik des Reichsversicherungsamtes stellt fest, daß ein Einkommen von über 3000 Mark nur 9,8 v. H. der Angestellten hatten, 62,8 v. H. hatten nur ein Einkommen unter 2000 Mark. Und die Aussichten, aus ihrer Hände- oder Geistesarbeit Gewinn zu erzielen, die den Angestellten die Perspektive auf ein besseres Dasein eröffnen, waren früher schon wenig vorhanden, heute bei den veränderten Verhältnissen doch gar nicht. Selbst Walter Rathenau, Präsident der A. G., Prophet einer neuen Wirtschaftsethik, kommt bei der Untersuchung der Frage: „Ist Reichtum Erparnis?“, die er in einem seiner vielen Bücher „Von kommenden Dingen“ anstellt, zu folgendem Ergebnis: „Die Einkünfte, die sich zum Reichtum anhäufen, sind nicht Arbeitsvergütungen, sondern Gewinn anderer Kategorien. Die Volksmeinung, daß man durch Sparsamkeit an sich reich werden könne, ist irrig. Die heutigen Quellen des Reichtums sind Monopole im weitesten Sinne, Spekulation und Erbschaft. So ist der Angestellte, gleich wie der Arbeiter, dazu verurteilt, Gehaltsempfänger — Lohnarbeiter zu bleiben. Heute sind aber alle Angestellten in eine Notlage geraten, denn es gibt wohl keine andere Erwerbsgruppe, deren Lage während des Krieges sich so gewaltig verschlechtert hat, als die der Angestellten, besonders sind es unter ihnen die zahlreichen Privatangestellten.“

Die wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reiches hat zu einer immer größeren Konzentration der Betriebe geführt. Wo früher Hunderte, ja Tausende von Betrieben vorhanden waren, stehen jetzt wenige Großbetriebe. An Stelle der Handelsbetriebe sind reine Industriebetriebe getreten. Diese so

Oper von 24 sogar 9 weniger als 300 Mark pro Vertragsmonat erhalten! Demgegenüber erklärte Bürgermeister Dr. Bahl, daß es nicht angängig sei, die Gehälter der Künstler zu veröffentlichen. Diese Scheu ist sehr verständlich, aber alles andere eher als eine Entschuldig. Trotz der Feststellungen Kawalkis, für die ihm Kunstfreunde und Künstler weit über Dazig hinaus danken müssen, entschloß man sich wieder nicht für die städtische Regie. Es steigt leider wieder Neigungen anderer Richtung. Nicht einmal die Entfernung der Kommissionsmitglieder, die ihr Amt so eigenmächtig befüllten, wurde vorgenommen! Der neue Vertrag wurde nach den Vorstößen des Magistrats fast einstimmig angenommen. Trotzdem hat der Kampf um das städtische Kulturtheater gerade durch diese Verhandlungen einen weiteren Ansporn erhalten. So dürfen die Dinge einfach nicht weiter gehen. Das städtische Ansehen duldet es einfach nicht, daß man nach diesen Feststellungen alles im alten Geleise weiter gehen läßt. Es ist z. B. unglücklich, daß trotz des tiefsten Reingewinnes die Darsen die Kostime auch trotz der jetzt dafür geforderten unheimlichen Preise aus ihren ungenügenden Sägen selber bezahlen mußten! Die Anklage Kawalkis vom Hunger der Künstlerinnen erfährt hierdurch noch eine besondere höfliche Ausdehnung! Schaper ist vorläufig auf weitere drei Jahre als Direktor angestellt. Persönlich dürfte ihm für die unerfreulichen Vorstöße kaum ein besonderer Vorwurf zu machen sein. Das System des Geschäftstheaters ist eben das Uebel, das selbst starke Charaktere ihrem künstlerischen Gewissen untreu macht.

### Danziger Stadttheater

#### Eröffnung der Opernsaison

Mit Wagners gewaltigem Liebesdrama „Tristan und Isolde“ wurde am Dienstag die diesjährige Spielzeit unserer Oper eröffnet. Dieses Wagnerwerk haben wir in den letzten beiden Spieljahren schon zu hören bekommen. Die diesmalige Besetzung war in den Hauptrollen dieselbe wie im vorigen Jahre: Fritz Stein in Gesang, Spiel und Figur eine echte Ritterkörper des von Liebesleidenschaft und Mannentreue erfüllten ritterlichen Helden, Eva Clairmont eine beachtliche Isolde, Halina von Gzariustka als Brangäne und Paul Seebach als König Marke. Neubesetzt ist das Fach des Heldendarstellers. Hier bewies Herr W. Lehnerlein ein starkes Können. Eine kluge Stimme, deutliche Aussprache und gutes Spiel lassen von dem Künstler noch manches Vorzeigbare erhoffen. Nicht ganz auf der Höhe war das Orchester. Die Schuld hieran ist aber wohl kaum dem neuen ersten Kapellmeister Trinius zuzuschreiben, der sich als ein rubricier und verständiger Dirigent erwies.

ohne Einfluß auf die Angestellten geblieben. Der eine recht bedeutende Beschleunigung dieser großen sozialen Entwicklung brachte, hat den Kriegslieferanten gewaltige Gewinne zugeführt und damit ihr Vermögen, aber auch gleichzeitig ihre Macht ins Ungewisse gesteigert; die Angestellten aber verarmt. Der Krieg hat den Umwälzungsprozess im Mittelstand eben recht schnell vollzogen. Auf der einen Seite sind die, die es verstanden haben, durch Kriegslieferungen, Bücher, Schicksgüter und ähnliche Schiebergeschäfte sich ungeheure Gewinne zu verschaffen, zur Crème des Volkes, zur Klasse der Besitzenden hindübergeführt worden, während auf der andern Seite die Angestellten in die Klasse der Besitzlosen hinabgedrückt worden sind. Der Mittelstand hat sich nicht behaupten können.

Die Arbeitnehmerschichten, die sich bisher zum Mittelstand rechnen, haben, wie gesagt, am meisten gelitten und auf sie nimmt man keine Rücksicht. Diejenigen Kreise, die früher um die Angestellten schweifenwebten, und um ihre Gunst buhten, oder bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit ihr mittelstandsfreundliches Gesicht zeigten, haben für diese nur noch blutigen Hohn übrig. Vor kurzem stand in den national-liberalen, stark alldeutsch gerichteten „Leipziger Neuesten Nachrichten“ ein Artikel mit der sehr bezeichnenden Überschrift „Der Stand ohne Mittel“. Und in der Zeitschrift des Arbeitervereins „Deutschlands Erneuerung“ wird ein hohes Lied auf den Mittelstand gesungen, der „schweigend duldet, ohne dafür wie die Arbeiter, etwas zu verlangen und in diesem schweigenden Dulden die wahre vaterländische Haltung und Einsicht bezeugt“. Die „Danziger Zeitung“ spricht auf eine Klage eines Privatangestellten wegen der traurigen Lage von dem „finken Heidentum“ der Privatangestellten. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ versucht den Angestellten einzureden, daß die „höheren“ Löhne der Arbeiter ihre Notlage herbeigeführt haben, und daß man nun den Arbeitern nehmen werde, um es den Angestellten zu geben. Können die Angestellten noch stärker verhöhnt werden. Es wird also auch jetzt noch versucht, die Angestellten zu beruhigen, genau mit denselben Mitteln, wie vor dem Kriege. Ein bekannter freisinniger Reichstagsabgeordneter erklärte im Reichstage, nachdem der Vorsitzende des Verbandes der Bureauangestellten Deutschlands, der Abgeordnete Siebel, für eine materielle Aufbesserung der Bureauangestellten der Reichsbetriebe eingetreten war, daß die Angestellten die hohen Gehälter nur benutzten, um durch hohe Bezahlung im Scheinhandel anderen Berufsständeshöchsten Lebensmittel wegzuschnappen. Deutlicher können es die Angestellten nicht wahrnehmen, daß sie von diesen Kreisen nichts zu erwarten haben. Solange nicht die Führer dieses „Mittelstandes“ den Fraß mit dem Straßentrotz vertauschen, solange das Stirnrücken gewisser Personen automatisch ihr Gefäß dabei in klappernde Bewegung bringt, solange wird der Stand ohne Mittel sein, so lange werden die Angestellten vergeblich auf wirtschaftliche Besserstellung warten können.

Und es ist pöfferlich anzuschauen, wie gerade diese Kreise in aller Verlehrtheit auf die Arbeiter schimpfen, weil sie zu viel verdienen und sich nicht um die Angestellten kümmern. Diese schimpfen und ahnen nicht, daß sie sich selbst beschimpfen; bedenken nicht, wie sie früher selbst alles einsteckten, wie sie mit dazu beitrugen, die Löhne der Arbeiter herabzudrücken und wie sie naserimpfend auf die misera plebs herabgeschaut haben. Die Angestellten sollten nicht schimpfen, sondern bedenken, daß mit dem Fallen der Arbeiterlöhne auch die schon jetzt sehr miserablen Gehälter weiter schwinden würden. Sie sollten sich zu der Einsicht aufraffen, daß nur durch engen Zusammenschluß Vorteile zu erringen sind, was die Arbeiter schon längst eingesehen haben.

Und nun sollen die Arbeiter heute auf sie Rücksicht nehmen. Wären sie nicht töricht, wenn sie es täten? Und doch werden sie es tun, wenn die Angestellten den Weg zu ihnen finden. Die Sprache der Angestellten ist zu schwächlich, als daß die Arbeitgeber darauf hörten. Selbst die Beamten haben eingesehen, daß nicht nur durch solidarisches Zusammenwirken aller Beamtengruppen etwas zu erreichen ist und ihren Forderungen Gehör verschafft wird, sondern daß auch ein Zusammenwirken mit anderen Vereinigungen notwendig ist. Gegenüber dem Massenschritt der Arbeiterschaft und dem Paradeschritt der Beamten verhält der Filzpannentritt der Angestellten. Hinter der Sprache der Arbeiter und der Beamten steht der starke Wille einer entschlossenen Arbeiter- und Beamtenschaft, die sich ihr Recht nicht mit schönen Worten nehmen läßt. Es fehlen den Angestellten die nötigen Führer, die ungeachtet des freischwebenden Tages ihren eigenen geraden Weg gehen, zum Wohle der Angestellten. Nur dann wird es den Angestellten besser gehen, wenn sie sich selbst das Rüstzeug und die Mittel beschaffen, die notwendig sind, um bessere Verhältnisse zu erringen, und Anschluss suchen an die Arbeiterschaft, die freien Gewerkschaften!

Die erste Aufgabe aber ist, daß sämtliche hier am Orte bestehenden Angestellten-Organisationen und Arbeitsgemeinschaften sich zusammensuchen, um Berufsfragen zu beraten und auch in Gemeinschaft mit den Organisationen der Arbeiter und Beamten an der Lösung sozialer Fragen mitzuwirken.

## Aus der Partei

### Spaltung muß sein!

Ein Arbeiter-Abstinenzler schreibt uns: Das Bestreben der „Unabhängigen“, überall in die Arbeiterbewegung Spaltung hineinzutragen, macht sich jetzt auch im „Deutschen Arbeiter-Abstinenzlerbund“, der auf sozialistischem Boden stehenden Abstinenzvereinigungen, bemerkbar. Die Vereinigung hat es vor dem Kriege auf rund 2800 Mitglieder gebracht, von denen infolge der vielen Einberufungen — jetzt nur noch rund 1000 in der Heimat vorhanden sind, und zwar meist in ganz kleinen Ortsgruppen von 20—30 Mitgliedern. Man sollte meinen, daß diese doch gemeinschaftlich die Abstinenz propagieren könnten, zumal doch der Alkohol weder „regierungssozialistisch“ noch „unabhängig“ ist. Tut nichts! Seit Monaten tobt in dem „Abstinenzler Arbeiter“, den der Reichstagsabgeordnete Davidsohn leitet ein wilder Sturm im Glase Wasser. Dem abstinenzler Redakteur wird vorgeworfen, daß er den Klassenkampf zu sehr verwässert habe. Er müsse zu einem „entschieden proletarischen Klassenkampfgeiste“ (gegen den Alkohol) zurückkehren. Neuerdings ist dem Bundesvorstand aus Rheinland-Westfalen ein Ultimatum gestellt worden: Entweder wir berufen sofort eine Generalversammlung ein oder der

Danzig wird gepöppelt! Beträgelpresse nach herkömmlichen Methoden schon verurteilt. Der Setzgeist setzt falsche Zeichnungen. Rastlos marschieren auch an der Spitze dieser Spaltungsfreunde ein aus dem Bürgertum gelommener Freund der Arbeiter, ein Arzt Dr. Drucker.

— Eingehen der „Internationalen Korrespondenz“. Die jetzt Kriegsbeginn im Parduschen Verlag für Sozialwissenschaft herausgegebene „Internationale Korrespondenz“, die seit mehr als Jahresfrist von dem Genossen Ernst Hellmann redigiert wurde, stellt mit dem heutigen Tage ihr Erscheinen ein, was in weiten sozialdemokratischen Kreisen mit Freuden begrüßt werden wird. Genosse Hellmann beabsichtigt, eine neue Korrespondenz herauszugeben. Die Öffentlichkeit wird dann wenigstens wissen, daß sie es in dieser Korrespondenz ganz und gar mit Privatarbeiten des Genossen Hellmann zu tun hat, nicht mit Neuierungen irgendwelcher sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Instanzen. Da die Politik der „Internationalen Korrespondenz“ gerade jetzt zusammengebrochen ist, verschwindet das Organ zu rechter Zeit.

## Gewerkschaftliches

### Endgültige Verständigung im Baugewerbe

Berlin, 30. September. Die unter Leitung des Reichswirtschaftsamtes am 11. September zustande gekommene Vereinbarung über die Gewährung einer vierten Kriegsteuerzulage hat nunmehr die Zustimmung aller beteiligten Verbände gefunden. Hiernach sind die Lohnverhältnisse im Baugewerbe bis Ende März 1919 bindend geregelt. Ueber die weitere Verlängerung des Tarifverhältnisses soll gleichfalls wieder unter Mitwirkung des Reichswirtschaftsamtes verhandelt werden.

## Aus aller Welt

— Erdbeben im Ungarn. Im Ungarn fand in der Nacht zum Montag ein Erdbeben statt. Besonders wurde die Gegend von Immenstätt betroffen.

— Die Cholera in Berlin eingeschränkt. Berlin, 2. Oktober. Von zuständiger Stelle wird der „Vossischen Zeitung“ auf Anfrage erklärt, daß bisher weitere Fälle von Choleraerkrankungen nicht gemeldet sind. Man kann also hoffen, daß die Seuche in Groß-Berlin auf die geringe Zahl der bisher gemeldeten Erkrankungen beschränkt bleibt.

— Von einer Uraniasäule erschlagen. An der Ecke der Bülow- und Potsdamer Straße in Berlin stieß Dienstag vormittag gegen 11 Uhr ein Auto in voller Fahrt gegen eine Uraniasäule. Der Anprall war derart heftig, daß die viele Zentner schwere Säule umgeworfen wurde und im Sturz ein vorübergehendes etwa 20-jähriges Mädchen erschlug.

— Für 100 000 Mark Orden gestohlen. Ein großer Einbruch ist in Berlin in der Charlottenstraße 55, Ecke der Jägerstraße, verübt worden. Hier befindet sich im Erdgeschoß das Geschäft der Ordens- und Hofjuweliere J. Gobel u. Sohn. Es ist ein großer Laden mit einem Empfangs- und Fürstentzimmer. Hinter dem Laden befinden sich außerdem ein Raum für einen Wächter und die Werkstätte. Eines der Schauwörter liegt nach der Charlottenstraße heraus. Ueber einer Tür befindet sich eine Luftklappe. Diese haben die Eindringlinge trotz des Wächters herausgenommen und sich dann durch die schmale Öffnung Eintritt verschafft. Die großen Stücke mußten sie unberührt lassen, da diese in einem sicheren Panzerschrank aufbewahrt werden. Unter den übrigen trafen sie eine sorgfältige Auswahl. Sie nahmen Orden im Werte von über 100 000 Mark mit. Von der Tatern fehlt jede Spur.

— Aufdeckung großer Geheimnisse. In Bad Nauheim wurde eine Geheimchloster aufgedeckt. Zahlreiche angegebene Bürger wurden verhaftet, darunter ein Religionslehrer und ein bekannter Hotelbesitzer, der für seine Haftentlassung vergeblich 50 000 M. Bürgschaft anbot. Die Schlichtungen wurden in einer Zimmermannsmerkwürdige am Hauptbahnhof vorgenommen. Hier befand sich auch die Verhandlung. An zahlreichen Verhandlungen beteiligten sich noch die Adresse der Empfänger, so daß man über die Abnehmer sehr genaue unterrichtet ist.

— Ein großer Kettenhandel ist von der Neuföllner Kriminalpolizei aufgedeckt worden. In Berlin hatte sich eine Gesellschaft gebildet, um große Warenmengen zu Bucherpreisen zu vertrieben. Es handelte sich um 10 000 Kilogramm Benzol, ebensoviel Benzol, 500 Kilogramm Olivenöl, 20 000 Rollen Kautschuk, 900 Stück Walchseife, 300 Meter Stoffe für Damenkonfektion, ungezählte Zentner Schmierseife. Die Kriminalpolizei trat mit der Gesellschaft in Verbindung, ohne daß diese ahnte, mit wem sie als vermeintliche Abnehmerin zu tun hatte. Es kam eine Verabredung zustande, nach der die Händler einen großen Teil ihres Lagers vom Osten Berlins nach Neufölln bringen sollten. An einer näher bezeichneten Stelle sollten sie dann gleich auch den Kaufpreis in Empfang nehmen. Die Waren wurden dorthin gebracht. Zugleich kamen 10 Personen mit, um das Geld entgegenzunehmen. Zu ihrer unangenehmen Überraschung aber wurden sie von Neuföllner Kriminalbeamten empfangen und verhaftet. Mehrere Beamte durchsuchten dann gleich auch die Wohnungen der Verhafteten und fanden dort noch für 40 000 Mark blaue und braune Tuche und Seidenstoffe, 2000 Kilogramm Patronen, 44 Kisten Zigarren und anderes mehr.

### Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl. Danzig.  
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig  
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg 1. B.

## Tomatensuppe

für 4 Personen.

Zutaten: 125 Gramm Tomaten, 50 Gramm Brotkrumen, 1 Zwiebel, 1 1/2 Liter Wasser, 2 Teelöffel Plantor.

Hierzu reife Tomaten, diese werden gewaschen und am Abend vor dem Gebrauch mit dem Brot und den Gewürzen eingeweicht. Am nächsten Tage eine Viertelstunde kochen, 2 Teelöffel Plantor gibt man dazu und streicht die fertige Suppe scharf durch ein Sieb. Wenn man sie hat, so kann man eine Tasse frische Milch dazugeben. Statt Brot kann man auch 60 Gramm abgekochte Kartoffeln verwenden.

„Plantor“ ist in fast allen Kolonialwaren- und Delikatessen-Geschäften in Packungen von 30 Gramm, 1/2, 1 und 1 1/2 Pfund zu haben und von der Erzeugerfirma Hamburg genehmigt. Paraguan-Neich-tract-Gesellschaft m. b. H., Hamburg.

# Walter & Fleck

empfehlen für die

## neue Wohnung

### Teppiche

### Läuferstoffe

Scheiben-  
Gardinen  
Vorhangstoffe  
Möbelpolster  
Orient-Decken  
Papierstoffe

Tischdecken  
Kokosmatten  
Korkmatten  
Messing-  
Ersatzetangen

### Steppdecken

### Gardinen

## Echt orientalische Teppiche und Brücken

357

Hierdurch zeigen wir ergebenst an, daß vom 1. Oktober ab der jetzige Bierpreis um den Betrag der mit diesem Tage in Kraft tretenden Biersteuer von Mk. 5,50 für 1 hl Einfachbier erhöht wird.

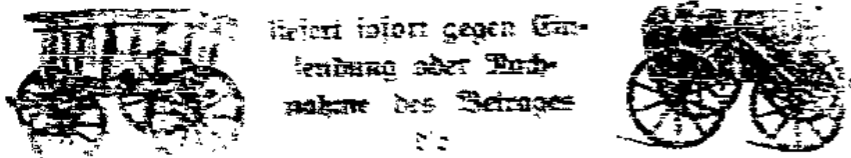
Bei Sendungen nach außerhalb beziehungsweise bei dem Vertrieb aus Niederlagen werden die bisherigen angemessenen Zuschläge erhoben.

Schließlich machen wir darauf aufmerksam, daß alle am 1. 10. 1918 bei den Wirten und in Niederlagen vorhandenen Bier**vorräte**, sofern sie **mehr als 2 Hektoliter** betragen, der gesetzlichen Anmeldung und **Nachversteuerung** unterliegen.

Verband der Brauereier von Danzig  
und Umgegend E. V.

354

## Gebirgs-Handwagen



Die anerkannt vorzüglichsten, besonders starken, leichtlaufenden

Seiner	85 cm	95 cm	105 cm	120 cm
Reiterwagen	75 Mk.	85 Mk.	95 Mk.	105 Mk.
Reifenwagen	80 Mk.	90 Mk.	100 Mk.	110 Mk.

Weidaer Wagen- und Maschinenfabrik

(früher Handwagen) Weida in Thüringen

## Trauer-

Hüte

Blusen

Handschuhe

in reicher Auswahl

zu billigsten Preisen

## Goldstein

Lauenberggasse 4, gegenüber der Markthalle

## Tabak

Kuba, Beizen und Baracken zu Rauch- und Koriolab. Zigarren und Zigaretten kann jeder leicht nach meiner Broschüre „Führer im Tabakbau“ gratis bei Bestimmung 1,50 M., Rücknahme 30 Pf. mehr.

H. Freyn, Engers (Rhein)  
Postfach 1

## „Volkswacht“

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Gesellschaft  
Süßliche Lätze für Erwachsene und Kinder. Kein Polizeiverfall  
Wen verlangt Beiträge von der  
Rechnungsteile 16 Danzig  
Hans Schick, Harnischstr. 35

Der wahre Jakob  
pro Nummer 15 Pf.  
Buchhdlg. Volkswacht.

## A. Haus und Brandhalle Bröfen

am 25 3/4 Uhr  
nachmittags

### Künstler-Konzert

bet festem Eintritt!

Mit Durchhaltung und Entlohnung meines Konzertorch. u. Refraktionsbetriebes  
wird größte Sorgfalt verwendet. Nicht minder auch auf Pflege u. Absatz des hoch-  
wertigen „Dynamen“ unserer Kistenbauerei, das trotz seiner ganz ausgeprägten  
Beliebtheit noch immer für 25 und 20 Pf. das Glas bezapft werden kann.

Paul Jbold, Aushandlungsleiter.

### Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kretz & Co.

Hamburg, Fehlandstr. 11

In unserm Verlage ist erschienen  
und von demselben zu beziehen:

## Illustrierter Neue-Welt- Kalender 1919

43. Jahrgang

**Inhaltsverzeichnis:**  
Kalenderroman. — Rüstung. —  
Wachstums-Adressen. — So-  
zialistisches. — Unsere Läden (mit  
Wörterbuch). — Die neue Welt.  
— Der Kretzlauf des Jahres. —  
Das stille Haus. — Eine von  
Gott Vrengung (mit Illustration).  
— Selbstentwürfen aus  
alter Zeit. — Soziale Friedhöfe  
(mit Illustration). — Zum Nach-  
denken. — Der Pflüger. — Gebicht  
(mit Illustration). — Aus der  
Geschichte des neuen Volks-  
und Arbeiterbildungswesens,  
von Dr. Conrad Schmidt. — Der  
neue Weg. — Geschichte von  
J. Stegmann (mit Illustration).  
— Der Krieg und die  
Kriegsmacht. — Der Friede  
Zimmermann (mit Illustration).  
— Der moderne Industriebau,  
von H. Kollt (mit Illustration).  
— Drei Gebichte: Die junge  
Mutter, Gebanten ins Feld, Im  
Verst. — Mierel vom Pflügen  
und von Hingegangszeiten,  
von F. Braumüller (mit Ab-  
bildungen). — Die Hühner-  
schmelze. — Der Kretz-  
baum. — Humoreske von Theodor  
Thomas (mit Illustration). — Der  
Krieg und die Frauen, von  
Gertrud Hanna (mit Illustration).  
— Der Krieg und die Frauen,  
von Aug. Göttinger (mit Illustration).  
— Das Erbe in der  
Kriegszeit. — Sein Leben, Ge-  
dicht von Ernst Vrengung.  
— Krieg-Edelmannschaft (in Ab-  
bildungen). — Die große Blätter-  
herunterblätter. — Über-  
den in Bild auf Buchdruck-  
papier: „Kretz“, von Richard  
Klein, sowie ein Wandkalender.

Preis 60 Pfennig

Bei Eingelendung bitten wir um  
Entsendung des Betrags nebst  
10 Pfennig in deutschen  
Briefmarken für Porto.

## Abgabe von Lebensmitteln

- Es werden verabsolgt:
- Von Montag, den 7. bis Sonnabend, den 12. Oktober**  
Auf die Marke 2 der an der Speisefettkarte befindlichen Sonder-  
marken 62,5 Gramm Butter.
  - Von Dienstag, den 8. bis Sonnabend, den 12. Oktober:**
    - Auf die Marken 4 und 4 K der Danziger Lebensmittelkarten für  
Erwachsene und Kinder, sowie auf die Marken 26 und 27 K der  
Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbar-  
gemeinden je 250 Gramm **lofes Suppenmehl** zum Preise  
von 1 Mark für das Pfund.
    - Auf die Marke C der Danziger Lebensmittelkarten für Kinder  
sowie auf die Marke 28 K der Lebensmittelkarte für Kinder in  
den Nachbargemeinden je 125 Gramm **Roggenbrot** zum  
Preise von 45 Pf. für 1/2 Pfund und 23 Pf. für  
1/2 Pfund, oder 1 Suppentafel zum Preise von 10 Pf., je  
nach Vorrat in den Geschäften.

Die Waren sind in den Geschäften, in denen die Anmeldung zum  
Bezuge von Mähsenerzeugnissen erfolgt ist, erhältlich.
  - Auf die Marke D der Danziger Lebensmittelkarte für Kinder, so-  
wie auf die Marke 29 K der Lebensmittelkarte für Kinder in  
den Nachbargemeinden je 125 Gramm **Griech**.
  - Auf die Marken 5 und 5 K der Danziger Lebensmittelkarte für  
Erwachsene und Kinder, je 1/2 Pfund **Zucker**. Die Geschäfte,  
die mit diesem Zucker beliefert worden sind, weisen durch Schau-  
fensteraushang darauf hin.
  - Auf die Marken 6 und 6 K der Danziger Lebensmittelkarte für  
Erwachsene und Kinder je 1/2 Pfund **Zwiebeln**, in den Geschäften,  
in denen die Anmeldung zum Bezuge von Mähsenerzeugnissen  
erfolgt ist. Der Preis beträgt 26 Pf. für das Pfund. Äpfel  
oder sonstige Behältnisse sind mitzubringen.
  - Auf die Marke 23 der alten Danziger Lebensmittelkarte für  
Leute über 60 Jahre **eine kg Dose Gemüsesalzwasser**, zu  
den auf den Dosen aufgedruckten Preisen in nachfolgenden Ge-  
schäften:

- Danzig**
- |                                    |                                    |
|------------------------------------|------------------------------------|
| Bielefeldt, Schichaugasse 4        | Wach, Jungferngasse 25             |
| Grunwald, Paul, Altstadt, Grab. 85 | Weganzowski S., Raff. Markt 11     |
| Knefel, Emil, Langgarten 51        | Neuter, Herbert, Boggenpfl. 32     |
| Kreitz, Bruno, Thomsberg Weg 5     | Schulz, Oskar, Heil. Geistgasse 72 |
| Krosching, Jul., Kaninchenberg 13a | Speltz, A., Borst. Graben 45       |
| Kroll, Will., Pfefferstr. 71       | Steffel, Fr., Fischmarkt 5         |
| Landblatt, Max, Heil.-Geistg. 131  | Tengelmann, 1. Damm 22             |
| Nachwitz, W., Kohlenmarkt 31       | Stuter, Rich., Heil. Geistgasse 19 |

- Langfuhr**
- |                                |                            |
|--------------------------------|----------------------------|
| Dems, Karl, Heiligenbaumweg 32 | Kröling, G., Hauptstr. 134 |
| Ging, Birkowstraße 6           |                            |

- Schilff**
- |                            |                                  |
|----------------------------|----------------------------------|
| Kirkowski, Kathänerstr. 34 | Rewandowski, Kerllie, Rektoweg 3 |
|----------------------------|----------------------------------|

- Stadtgebiet**
- Kranje, Otto, Stadtgebiet 40

- Bröfen**
- Branjewetter, Selma, Danzigerstr. 5

- Neubude**
- Schmidt, Marta, Wasserstr. 8

- Neufahrwasser**
- Zuper, Johannes, Ostbarr. 79

Die von den Händlern vereinnahmten Marken sind den zuständigen  
Verteilungsstellen unverzüglich einzureichen, die für Zucker vereinnahmten  
Lebensmittelmarken der Nahrungsmittelzentrale an der großen Mühle 14.

Danzig, den 3. Oktober 1918. 361

**Der Magistrat.**

Stabs-Generalkommando  
XVII. A. S.  
Mst. K.St. Lsg. Nr. 10. 2418.

## Bekanntmachung

betr. Meldepflicht der gewerkschaftlichen Stellenvermittler.

Für den Bereich des XVII. Armee-Korps einschließlich der  
Festungen wird auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Be-  
lagerungsstand vom 4. Juni 1851 und des Gesetzes vom 11. De-  
zember 1915 in Interesse der öffentlichen Sicherheit folgendes ver-  
ordnet:

§ 1.  
Alle gewerkschaftlichen Stellenvermittler im Bereiche des XVII.  
Armee-Korps einschließlich der Festungen haben bis zum 5. jeden  
Monats — erstmalig zum 5. Oktober 1918 — und zwar, soweit sie  
in der Provinz Westpreußen wohnhaft sind, der Zentralausstunfts-  
stelle für Arbeitsnachweis in Danzig, Neugarten 25; soweit sie in der  
Provinz Pommern wohnhaft sind, der Zentralausstunftsstelle für  
Arbeitsnachweis in Stettin, Birkenallee 8 b, Bericht über ihre im vor-  
ausgegangenen Monat ausgeübte Vermittlungstätigkeit nach einem  
vom Stabs-Generalkommando XVII. Armee-Korps aufgestellten Vor-  
drucke wahrheitsgemäß zu erstatten. Falls im Berichtsmonat keine  
Stellenvermittlung erfolgt ist, ist demnach der Vordruck mit  
einem entsprechenden Vermerk versehen der zuständigen Zentral-  
ausstunftsstelle einzuwenden.

§ 2.  
Die gewerkschaftlichen Stellenvermittler haben die für die  
Berichterstattung vorgeschriebenen Vorbrücke je nachdem ihr Wohn-  
ort in der Provinz Westpreußen oder Pommern liegt, bei der Zen-  
tralausstunftsstelle Danzig oder Stettin schriftlich anzufordern.

§ 3.  
Zu widerhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Ge-  
fängnis bis zu einem Jahr bestraft. Beim Vorliegen mildernder  
Umstände kann auf Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt  
werden.

Diese Verordnung tritt mit dem 1. Oktober 1918 in Kraft.  
Danzig, Graudenz, Thorn, den 23. September 1918.  
**Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armee-Korps.**  
Der kommandierende General.  
Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.  
Der Kommandant der Festung Danzig.

## Fahrräder

iedernde Goldbereifung, Federit,  
Epiraten, Ersatzteile für Fahr-  
räder.

## Karbidlampen Sparlampen

für Petrol- und Brennstoff,  
Zacklampen, Batterien,  
Feuerzeuge, Taschenmesser,  
Scheren, Sprechmaschinen,  
Schallplatten,  
Handgarnmaschinen,  
Spielzeug in gr. Auswahl,  
Gasrührer und Zylinder.

A. Hein, Breitgasse 113.

## Jeder Band 1,50 Mark

- Der Ausweg
- Das Land der Zukunft
- Der Bräutigam
- In den Tod
- Der Pariser
- Mutter
- Der Morgen graut
- 1000 Mark
- Vom Waisenhaus zur Fabrik
- Die Karleanderin
- Kriegsberichte
- Gegen im Striege
- Als Zwischendenscheid nach
- Sibamaria
- Jeder Band 2. — Mark
- Erweil
- Der Gottesdiener
- Die Bräutigam
- Der Bräutigam

Zu haben in der  
Buchhandlung Volkswacht

Danziger Nachrichten

Arbeiter und Arbeiterinnen, steht zu guter Presse!

Eine Kriegerfrau schrieb unserm Stuttgarter Bruderblatt, der 'Tagewacht':

Offt ist es mir schwer gefallen, das Geld für die 'Tagewacht' aufzubringen. Aber trotzdem habe ich mir nicht nehmen lassen, auch meinem Schwager, solange er lebte, unser Blatt täglich ins Geld zu schicken. Ich habe ja nicht viel. Wenn man fünf Kinder hat und der Ernährer eingezogen ist, tut man sehr hart. Die Unterstützung ist ja viel zu knapp und will nirgends reichen, zumal ich krank bin und nicht mehr viel verdienen kann. Ich hoffe, daß der Krieg zum Aufwachen bringen wird, was bisher geschlafen hat. Es ist traurig, daß so viele Arbeiter und Arbeiterinnen jetzt nicht unsere Zeitung lesen. Ich lese sie schon, seit ich verheiratet bin, das sind 15 Jahre. Ich gehe für die 'Tagewacht' ins Wasser.

Weshalb wir diese von Herzen kommenden Worte einer armen Kriegerfrau hier anführen? Um allen Arbeitern und Arbeiterinnen, die von dieser Frau beschämt werden, die Pflicht in Erinnerung zu rufen, zu ihrer Presse zu stehen. Die Zeiten sind ernst, und die Arbeitererschaft hat allen Grund, ihre eigene Stellung und ihr wirksamstes Kampfmittel, die sozialdemokratische Presse, zu stärken.

Ist es nicht ein mehr als sonderbarer Widerspruch, daß unser Volk jetzt, bis in uns sonst sehr fernstehende Kreise, die günstige Gestaltung seines Geschicks von der Sozialdemokratie erwartet, während aber noch sehr viele sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter nicht ihr Parteiblatt lesen? Bekommen wir jetzt die Demokratisierung mit sozialdemokratischem Minister, dann wird sich nicht selten ein mehr als unnatürlicher Zustand ergeben. 'Vaterlandsparteiliche' und anders reaktionäre Blätter werden die demokratische Regierung mit dem Gelde der sozialdemokratischen Arbeiter bekämpfen, die die Demokratisierung mit allen Mitteln erstrebt haben! Wer dazu beiträgt, daß die Errungenschaft der Volksregierung in dieser Weise herabgewürdigt wird, handelt ehrlos gegen seine Überzeugung. Der Zeitung, die man liest, darf man nie gleichgültig gegenüber stehen. Für denkende Arbeiter und einsichtige Frauen ist daher gerade in diesen Tagen das Abonnement der 'Volkswacht' eine unbedingte Notwendigkeit.

Gesellschaftshäuser?

Wenn einmal die neuen Getränkesteuern in Kraft treten und die Wirte, gezwungen durch noch geringeren Absatz, ihre Lustlust zu einem Eintrittsgeld nehmen, dann wird wohl voraussichtlich die Frage aufstehen: Sollen nicht Staat und Städte daranehen, unentgeltlich offene Gesellschaftshäuser ins Leben zu rufen? Denn das Bedürfnis nach Geselligkeit wird nicht nur unter allen Umständen fortbestehen, sondern sich unter dem demokratischen Zuge der Zeit noch erheblich entwickeln.

Nicht von jeher waren Wirtshaus und Café die hauptsächlichsten Gesellschaftslokale. Im Altertum, in Rom wie in Athen war der Marktplatz mit seinen Säulenhallen der Mittelpunkt des gesellschaftlichen und politischen Lebens. Dort begegneten sich tagtäglich die Freunde, die Dichter lasen einander ihre Werke vor, die Advokaten hörten ihre Schützlinge an, die Politiker stritten hier miteinander und die Kaufleute erzählten sich das Neue vom Tage. Was heute der Bürger im Wirtshaus oder Café erfährt, all dies erfuhr der antike Mensch auf dem Markte. Im Süden spielte sich das Gesellschaftsleben, wie noch heute, vornehmlich im Freien ab. Im deutschen Mittelalter war bekanntlich die Dorfstraße der Versammlungsort der bäuerlichen Gesellschaft. Bei Regenwetter und Frost fanden die Dorfgemeinden am Abend abwechselnd in der Stube des einen oder andern zusammen. Auch die Spinnstube spielte im Dorfe eine ähnliche Rolle. In der Stadt waren es die Zunfthäuser, in denen die Zunfgenossen ihre Zusammenkünfte hielten. Die Herbergen und Gastwirtschaften waren ursprünglich nur für die Reisenden bestimmt. Erst im 18. Jahrhundert wurden sie auch von den Einheimischen als Gesellschaftslokale aufgesucht.

Es wird nun im Interesse des gesamten Volkes liegen, wenn man auf alle Gebrauche und Einrichtungen zurückgreift und moderne Gesellschaftshäuser errichtet. Die öffentlichen Beschaffen darf man gewissermaßen als ihre Vorgänger ansprechen. Doch mehr behaglicher Raum, Nischen, für den Winter gedeckte, offene Terrassen für den Sommer, wären nötig. Jedenfalls werden Staat, Städte und Baukünstler dadurch vor neue große Aufgaben gestellt werden.

Den Bau städtischer Wohnhäuser

hat die Stadtverwaltung von Neu-Kölln bei Berlin tatkräftig vorbereitet. Der Magistrat ließ sich vorläufig 3 Millionen Mark von der Stadtverordnetenversammlung bewilligen, um städtische Mietshäuser zunächst für kinderreiche Familien zu errichten. Dieses Vorgehen ist deshalb nicht erstaunlich, weil Neu-Kölln diejenige deutsche Stadt ist, die die meisten sozialdemokratischen Magistratsmitglieder hat. Sofort zeigt sich dort nun der praktische Wert sozialdemokratischer Mitarbeit in der Gemeinde. Dabei sind die Zustände unter dem kapitalistischen Hausbesitz doch wahrlich dergart entwidelt, daß überall keinem Wirken in dieser einzig zweckmäßigen Art entgegenzutreten werden müßte. Wohin soll es denn noch führen, wenn das wichtige Wohnungsbedürfnis den Anstrengungen überlassen wird, die z. B. am 25. September in der Königsberger Stadtverordnetenversammlung geäußert wurde? Die Vertreter der Hausbesitzer erklärten rund heraus, daß die Rentabilität des Hauses durch das Mietseinkommensamt bei Anträgen auf Mietssteigerungen nicht nachgeprüft werden dürfe! So fordern die Leute, die sonst heilige Schwüre leisten, daß sie nur ihre Unkosten ersetzt haben wollen, die unbeschränkte Ausbeutung der Mieter, also den nackten Kriegswucher.

Die Danziger Stadtverordnetenversammlung hatte in der vorigen Woche eine ähnliche Debatte. Hier drohte ein Hausbesitzervertreter, Burgmann, ganz offen mit dem Bankrott der Mieter: Das Kapital ziehe sich vom Bau von Mietshäusern zurück, weil die Hausbesitzer so ungerecht beurteilt würden. Man muß das Danziger Wohnungswesen mit all seinen Schreden kennen, um dieses ferozische Wort in seiner vollen Bedeutung würdigen zu können. Von Leuten dieser Denk- und Handlungsweise ist natürlich keine Besserung der Verhältnisse zu erwarten. Gegen sie helfen auch die bestgemeinten Verordnungen nichts. Sie und ihre Rückständigkeit können nur durch eine radikale Wohnungspolitik der Gemeinde, die unbedingt in der Schaffung städtischer Wohnhäuser gipfeln muß, überwunden werden. Die Sicherung der körperlichen und sittlichen Gesundheit der Massen des Volkes machen dieses Vorgehen zur unbedingten und schnell zu fördernden Notwendigkeit! Die Unmoral des Dreiklassenwahlrechts ist auch kaum je so krach hervorgetreten, als in der Tatsache, daß es in den Städten mehr als die Hälfte aller Stadtverordneten dem beschränkten Hausbesitzer-Egoismus ausiefert. Diese Tatsache erklärt die bisherige Gleichgültigkeit der Städte in der Woh-

nungswesen. Das freie Wahlrecht wird hoffentlich recht bald auch die städtische Bevölkerung von der Gefährdung durch die Interessen der Wohnungsnot befreien.

Die kommende Stadtverordnetenwahl

Zum dritten Male während des Krieges finden in Danzig die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung statt. Wenige Wochen nur noch trennen uns von dem Termin, an dem die Wähler den Stadtvätern die Jenseiten erteilen sollen. Da die Wähler zu entscheiden haben, in welchem Geiste in den kommenden Jahren die Geschichte der Danziger Bevölkerung gelenkt werden sollen. Für den bürgerlichen Wähler wird es oft nicht leicht sein, über seinen Erdoeren das Urteil zu fällen oder gar den Stab zu brechen. In dieser Beziehung sind die Arbeiterwähler, soweit sie von dem Geiste der modernen Zeit durchweht werden, besser daran. Denn einem Dreiklassenwahlrecht und einer ungedrehten Bezirkseinteilung dürften die Arbeiter sich das Stadtparlament nur von draußen ansehen. Ob es im Interesse einer Stadtverwaltung liegt, wenn eine bestimmte Bevölkerungsschicht dauernd von der Mitarbeit ausgeschlossen ist, ist mehr als zweifelhaft. Die verflochtenen Jahre haben uns mit aller Deutlichkeit bewiesen, daß ein Stadtparlament, in welchem eine einflussreiche Hausbesitzerklasse das Zepter schwingt, kommunale Volkspolitik nicht treiben kann. Sie muß, will sie sich nicht selbst verkeulen, ihre eigenen, nackten Profitinteressen wahren. Gestützt auf die Größe und Schwere des Geldsacks, verbunden mit dem Hausbesitzerprivileg, ist in den verflochtenen Jahren die Politik im Danziger Stadtparlament in diesem Sinne gemacht worden.

Hier muß Breche geklagen werden. Die kommende Zeit stellt die Stadtverwaltungen vor gewaltige Aufgaben. Durch eine vernünftige Finanzpolitik müssen die Schäden des Krieges geheilt werden. Die aus dem Felde zurückkehrenden Krieger und die jetzt noch in der Heimat tätigen Arbeiter verlangen nach Friedensschluß gute, lohnende Arbeit. Dies ist das Fundament, auf dem sich alles Weitere aufbauen muß. Durch Bereitstellung von Mitteln zum sofortigen Kleingewohnungsbau, Herstellung der Baupläne und Kostenvoranschläge, Beschaffung von Rohstoffen muß die Grundlage für eine gesunde Wohnungspolitik geschaffen werden. Die Wohnungsnot hat sich zu einer öffentlichen Gefahr herausgebildet. Unsere Hausagrarien möchten diesen Zustand gerne erhalten. Erfreulicherweise hat der Bundesrat und die Kommandantur diesem Streben ein Ziel gesetzt. Aber schon sind die 'nosleidenden' Hausagrarien am Werke, diese sozialen Verordnungen rückgängig zu machen.

Während in anderen Städten in großzügiger Weise für die Familien der Kriegsteilnehmer gesorgt wird, kann man dies von Danzig gerade nicht behaupten. Aufgabe der Stadtverordnetenversammlung ist es, den Magistrat auf diesen Zustand aufmerksam zu machen und schnelle und durchgreifende Maßnahmen zu erwirken. Die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung ist nur noch eine Frage der Zeit. Nicht eine 'Prämie auf die Faulheit' soll sie sein, sondern den Arbeitslosen vor dem Ruin sichern. Hand in Hand mit dieser Forderung erheben wir die Forderung auf Schaffung eines städtischen Arbeitsnachweises auf beruflicher Gliederung. Endgültig muß die Zeit vorbei sein, daß Unternehmer ihre Nachweise als Kontrollstationen für mißliebige Arbeiter benutzen.

Auf allen diesen Gebieten hat unsere Stadtverordnetenversammlung vollständig versagt. Nichts war in den Sitzungen von fortschrittlichem Geist zu spüren.

Entgegen allen früheren Gepflogenheiten betätigen sich bei der diesmaligen Stadtverordnetenwahl die Gewerkschaften. Die unser hartenden Aufgaben sind zu groß, als daß wir nicht unter allen Umständen eine Vertretung im Stadtparlament anstreben müssen. Ein durch den Mieterverein gebildetes Komitee wird gemeinsam die Wahlen machen. Die so gewählten Stadtverordneten sollen in Zukunft soziale Politik für die breiten Massen der Bevölkerung machen.

Eine wichtige Parteiversammlung

findet am Montag den 7. Oktober im Lokale Kaiserhof, Heilige Geistgasse, statt. Neben der Behandlung von Parteiangelegenheiten soll in der Versammlung zu den Fragen der inneren und äußeren Politik Stellung genommen werden. Die Mitglieder des Soz. Vereins wollen zu dieser äußerst wichtigen Versammlung zahlreich erscheinen.

Berammlung der Techniker

Am vorigen Samstag fand im Saale des Hotel Germania eine öffentliche Versammlung der Techniker statt, die von der Ortsgruppe des Bundes der technischen-industriellen Beamten einberufen und gut besucht war. Ingenieur Geiser aus Berlin hielt einen Vortrag über die wirtschaftliche und soziale Lage der Techniker im Kriege und führte hierbei u. a. aus, daß die Gehälter der technischen Angestellten auch jetzt noch lange nicht ausreichend seien. 120 Mark Anfangsgehalt für einen Techniker sei zu wenig. Redner stellte Vergleiche mit den Arbeiterlöhnen an und meinte, daß diese keineswegs zu hoch seien, wohl aber seien die Gehälter der Angestellten viel zu niedrig. Gegen die Bildung der Angestelltenausschüsse haben manche Firmen sich sehr gestraut und wichen erst dem Druck der Militärbehörde. Ein Betriebsdirektor entließ einen Techniker, weil er die Wünsche der Kollegen dem Direktor vorzutrug. Erst auf Eingreifen der Militärbehörde wurde die Kündigung rückgängig gemacht. Für die Beköstigung eines Kriegsgefangenen werden täglich 1,80 Mark verlangt. Danach gebrauchte eine Familie von 4 Personen monatlich allein für die Ernährung 216 Mark. Dann fehlte noch Kleidung und Wohnung. Redner wies dann darauf hin, daß viele Arbeitgeber jetzt dazu übergegangen seien, ihrerseits Angestelltenorganisationen zu bilden, die durch Geld unterstützt werden. Diese 'wirtschaftsriedlichen' Gebilde könnten natürlich die Arbeitnehmer nicht befriedigen. Au den Vortrag schloß sich eine längere Aussprache, in der auch lokale Wünsche und Beschwerden zum Ausdruck kamen. Es wurde beklagt, daß selbst die kaiserliche Werk die Heberstunden nur infolge reichsgerichtlichen Urteils bezahle. Klagen kamen auch gegen

die Schichtarbeit und die kaiserliche Werk. Ein Antrag wurde auch damit gestellt, daß Arbeitgeber jede Willkür durch die zu erzwingen suchen, daß sie mit dem Schichten, wenn drohen, aber nicht für sich selber, sondern für die Angestellten. So wird der höchste vaterländische Ehrenlohn zu einem Erpressermittel heruntergewürdigt. Weiter wurde darauf hingewiesen, wie notwendig die Zusammenfassung aller Kräfte sei. Die Organisation aller Angestellten, aller Arbeiter und Beamten sollten sich zusammenschließen in Arbeitsgemeinschaften. Ferner sollten sich die Organisationen vereinigen in den Kriegsaussschuß für Konsumentinteressen zur Wahrung der Interessen der Verbraucher, dann in den Ausschuß für Gemeindegemeinschaft im Mieterverein und ferner sollte man auch in Danzig eine Ortsgruppe des Volksbundes für Freiheit und Vaterland gründen.

Lohnbewegung in den königlich-technischen Instituten

In einer öffentlichen Betriebsversammlung, welche von den freien, den Christlichen und den Hoch-Bundischen Gewerkschaften am Sonntag nach dem Steppuhnschen Garten einberufen war, beschäftigte sich die Arbeitererschaft mit den Eingaben der Arbeiter-Ausschüsse vom 23. August d. J. auf Schaffung einer neuen Lohnordnung, die nach Mitteilungen der örtlichen Direktoren an die Arbeiter-Ausschüsse vom 'Bumba' abgelehnt worden sind.

Die Gewerkschaften mußten in letztem Jahre sich wiederholt mit den wohl auch auf Betreiben einflussreicher industrieller Kreise in den Instituten vorgenommenen Lohn- und Akkordreduzierungen befassen. Eine Verfügung vom 21. Mai d. J. legt die Verdienste in der höchsten Verdienstklasse auf 1,80 Mark zuzüglich 25 Prozent herab.

Durch das Eingreifen der Gewerkschaften wurde die angeordnete Reduzierung zunächst nicht vorgenommen, in letzter Zeit aber fällt man sich an den Wortlaut dieser Verfügung und nimmt neue 'Kalkulation' der Stücklohnpreise vor. Dadurch ist besonders in der Artillerie-Werkstatt eine durchaus begriffliche Erregung entstanden. Kein vernünftig Denkender kann verstehen, daß in der Zeit der unumschränkten Herrschaft des Wuchers und der steigenden Leistung Herabsetzungen von Löhnen vorgenommen werden.

Die Arbeiterausschüsse waren bestrebt, eine neue Grundtage für die Entlohnung zu schaffen, da die alte aus dem Jahre 1904 stammende selbst nach Ansicht des 'Bumba' längst überholt ist.

Nach eingehendem Referat und Aussprache nahm die Versammlung einstimmig einen aus der Versammlung gestellten Antrag an, diese Lohnstreitsache vor den Schlichtungsausschuß zu bringen.

Die Einführung einer Erwerbslosen-Unterstützung

für die Hebergangswirtschaft hat der Magistrat zu Frankfurt a. M. beschlossen. Die Unterstützung beträgt für völlig erwerbslose Personen täglich für den Haushaltungsvorstand 3 Mark, für Personen über 21 Jahre mit eigenem Haushalt oder bei fremden Leuten wohnend 2,75 Mark, bei Familienangehörigen wohnend 2 Mark, für jedes Kind unter 16 Jahren ohne eigenen Verdienst 50 Pf., für jedes Kind über 16 Jahre und sonstige Familienangehörige, die zu unterhalten sind, 1 Mark. Außerdem wird die freiwillige Krankenversicherung in der dritten Lohnklasse übernommen. Feststehende Einnahmen aus anderen Quellen werden auf diese Sätze angerechnet, Erwerbslosenunterstützungen von Berufsvereinen jedoch nur zur Hälfte. Die Unterstützung soll im Einzelfalle sechs Monate nicht übersteigen. Voraussetzung für die Erwerbslosenunterstützung, die nicht als Armenunterstützung gilt, ist, daß die Arbeitslosigkeit weder durch Erwerbsunfähigkeit noch durch grobes Verschulden oder Streiks und Aussperrung verursacht ist, und daß der Arbeitslose keine laufende Armenunterstützung bezieht.

Ernährungs- und Kriegsunterstützungsfragen

behandelte am Montag den 30. September im Kasse Bürgergarten in Schidlich eine Versammlung der Vorsitzende und Vertrauensleute der freien Gewerkschaften in Danzig. Zwei Entschlüsse standen zur Beratung. Die vom Kartellausschuß vorgelegte Entschlüsse erklärt sich mit der Tätigkeit der Kartellvertreter in den verschiedenen Ernährungscommissionen einvertranden und wünscht deren weiteres Verbleiben darin. Sie will weiter eine Besserung der Versorgung mit Lebensmitteln, namentlich die Erhöhung der Kartoffelration von 7 auf 10 Pfund pro Kopf und Woche und Abschaffung der fleischlosen Wochen. Die von B o s e eingebrachte Entschlüsse stellt Mißstände in der Versorgung fest und verlangt die Amtsniederlegung der in den Kommissionen der Preisprüfungsstelle tätigen Gewerkschaftsvertreter. Für die Entschlüsse des Kartellausschusses sprachen Arczynski, Jäpel, Krahn, Gehl und Keel. Alle betonten die Wichtigkeit der Mitarbeit von Arbeitervertretern in den Ausschüssen der Preisprüfungsstelle und traten für weiteres Verbleiben darin ein. B o s e dagegen hielt eine, durch Sachkenntn. nicht getriebene konfuse Rede für die sofortige Amtsniederlegung. Er verlangte öffentliche Volksversammlungen um Protest einzulegen gegen die ungenügende Befahrung. Ihn wurde mit Recht erwidert, daß eine Volksversammlung zu diesem Zweck stattfinden sollte, aber von Leuten, die mit B o s e politisch zur unabhängigen Partei gehören, gesprengt worden wäre.

Bei der Abstimmung wurde die von B o s e unterschriebene Entschlüsse gegen seine Stimme abgelehnt und die des Kartellausschusses gegen die B o s e'sche Stimme angenommen. Der 'unabhängige' Vorstoß scheiterte hier wieder einmal an dem gelunden Sinn Danzigs Arbeiter. Die angenommene Entschlüsse hat folgenden Wortlaut:

'Die am 30. September im Lokale Steppuhn tagende Versammlung der Gewerkschaftsvorstände, Kartellbelegierten und Vertrauensleute der freien Gewerkschaften erkennt an, daß die in den Ernährungscommissionen tätigen Kollegen das geleistet haben, was in dem ihnen zugelegten Rahmen zu leisten möglich war.

Ganz entschieden verurteilen sie aber, daß das Kriegsernährungsamt Berlin auch in diesem Wirtschaftsjahr nicht mit der notwendigen Energie bestrebt war, die Lebensmittel reiflos zu erfassen. Solange das nicht der Fall ist, sehen die Versammelten darin eine Begünstigung des Schleichhandels und eine verdeckte Vermittlung des Antrages Köhde.

Die Versammelten fordern: 1. Aufhebung der fleischlosen Wochen. 2. Gewährung von mindestens 10 Pfund Kartoffeln pro Kopf und Woche. 3. Stärkere Befahrung mit Rübensfabrikaten.

In dem die Versammelten diese Verbesserungen aufstellen, sind sie sich der Durchführbarkeit derselben voll bewußt. Sie sind durchdrungen von der Notwendigkeit, ihre ganze Kraft in den Dienst der Verteidigung zu stellen, müssen aber, sollte eine bessere Versorgung nicht erfolgen, eine Vertiefung der Arbeitszeit ernstlich in Erwägung ziehen.'

Der „Neger von Flugtau“

Kapitänleutnant Blücher hielt am Dienstag diesen Abend in der Sportschule über seine Erlebnisse auf der Front aus dem belagerten Flugtau einen etwa zweistündigen Vortrag zum Thema „des Opferlandes“ für die Kolonialkriegerpempe.

Der Vortrag war gut besucht, trotz des hohen Eintrittspreises. Die Erzählung des jugendlichen Offiziers entzündete vollkommener. Er bewegte sich öfter in stark auffallenden Widersprüchen.

Die Erzählung des jugendlichen Offiziers entzündete vollkommener. Er bewegte sich öfter in stark auffallenden Widersprüchen. So erzählte der Vortragende von seiner Flucht aus dem englischen Offizierslager, daß sie in finsterner, regnerischer Nacht erfolgte.

Die Erzählung des jugendlichen Offiziers entzündete vollkommener. Er bewegte sich öfter in stark auffallenden Widersprüchen. So erzählte der Vortragende von seiner Flucht aus dem englischen Offizierslager, daß sie in finsterner, regnerischer Nacht erfolgte.

Warum noch Klassen auf der Eisenbahn?

Dem „Kunstwart“ („Deutscher Wille“) wird geschrieben: „Die höchste Stelle im Reich und in Preußen hat längst erklärt, die Zeit für die Unterbrechung verschiedener Klassen von Bürgern sei auch ihrer Meinung nach endgültig vorbei.“

Die höchste Stelle im Reich und in Preußen hat längst erklärt, die Zeit für die Unterbrechung verschiedener Klassen von Bürgern sei auch ihrer Meinung nach endgültig vorbei. Warum geschieht nicht auch auf den Eisenbahnen etwas, um die „Klassen“, um die Unterbrechung zwischen „besseren“ und „geringeren“ Reisenden aufzuheben?

Quittungsarten sind herauszugeben

Der Fabrikleiter Wilhelm Boehme in Danzig verweigerte einem Lehrling die Herausgabe seiner Quittungsbücher zur Anbahnung der Abrechnung und hatte sich nur vor dem Schlichtungsausschuss zu verantworten.

Ermächtigung von Fuhrwerken zur Kartoffelfuhr.

Der Provinzialrat hat die Konsumrenteninteressen in Danzig, damit zu berücksichtigen, die Fuhrwerke in Danzig im Herbst ausserordentlich stark zu werden und sich insbesondere bis zum

20. Juli einreden können. Die Eisenbahn, die Militärkraftwagen und auch die Pferdegespanne sollen hierbei voll in Anspruch genommen werden. Die Wichtigkeit dieser Sache ist für die Provinzial- und Lokalbehörden zuhaus anerkannt.

Kartoffelbezugscheine.

Wer sich für seinen Winterbedarf mit Kartoffeln eindecken will, hat, wie der Landrat des Kreises Danziger Höhe in seinem Kreisblatt mitteilt, sich vom Landratsamt in der Zeit von 9 bis 1 Uhr vormittags einen Bezugschein zu besorgen.

Die Fischbelieferung und -verteilung

läßt sehr viel zu wünschen übrig. Schon wiederholt sind in unserem Blatte Klagen darüber laut geworden und noch ist keine Besserung zu verzeichnen. In der am Montag abgehaltenen Sitzung des Ausschusses für Fische machte Genosse Behl den Vorschlag, weitere Fischer zu reklamieren, damit vor allen Dingen mehr Fische gefangen und nach Danzig gebracht werden können.

Abgabe von Lebensmitteln.

Der Magistrat macht in der heutigen Nummer unserer Zeitung wiederum die Lebensmittel bekannt, die im Laufe der nächsten Woche an die Bureaus, Lebensmittel- und Lebensmittelzentrale für Danzig über 60 Jahre erhältlich sind.

Wo bleibt das Wild?

Die Schützen für verschiedene Wildarten ist bereits beendet; aber wird in nächster Zeit beendet sein. Da lohnt sich die Anfrage, wo das abgeschossene Wild eigentlich bleibt.

Meldspflicht der gewerbsmäßigen Stellenermittler.

Am 1. Oktober 1917 hat die Verordnung des kgl. Generalkommandos XVII. Armeekorps vom 1. Oktober über die Meldspflicht der gewerbsmäßigen Stellenermittler in Kraft. Nach dieser Verordnung haben alle im Bereiche des XVII. Armeekorps wohnhaften gewerbsmäßigen Stellenermittler und Stellenermittlerinnen bis zum 1. Oktober d. J. dem kgl. Landratsamt in Danzig, Hauptamt 25, über ihre im vorausgesetzten Monat ausgeübte Vermittlungstätigkeit nach einem vom kgl. Generalkommando XVII. Armeekorps ausgegebenen Verordnungsmodell Bericht zu erstatten.

Schädlingsbekämpfung

Am 20. September 1917 wurde von der Militärverwaltung die Bekämpfung derer Schädlinge in militär-städtischen und Kriegswirtschaftlichen Betrieben anzuordnen, das sich als ein

außerordentlich wirksames und zuverlässiges Mittel zum Abtöten von Schädlingen aller Art und deren Brut erwiesen hat.

Die Erfahrungsgemäß in sämtlichen Mühlen, Korn- und anderen Spinnereien jährlich große Mengen Mehl, Getreide und sonstige Lebensmittel von Schädlingen verfrachtet und vernichtet werden und damit unseiner Volkswirtschaft verloren gehen, können auch den Privatbetrieben auf Antrag Durchgangstrupps für Durchgänge gegen Erstattung der Kosten zur Verfügung gestellt werden.

Die Durchgangung eines großen Gebäudes oder mehrerer kleiner Gebäude dauert mit sämtlichen Vor- und Abbauarbeiten gewöhnlich 24 Stunden.

Während dieser Zeit muß der Betrieb in sämtlichen Räumen der Gebäude eingestellt werden.

Nähere Auskunft über die Durchgänge erteilt die Abteilung G des stellvertretenden Generalkommandos 17. Armeekorps, die auch die Antragsformulare ausgibt.

Aus Westpreußen

Eine Warnung an die Ortsangehörigen des Kreises Danziger Höhe erklärt der dortige Landrat. Er weist auf das Verbot des stellv. Generalkommandos 17. A.-K. vom 10. 1. 17, hin, wonach Winkelschreiber die entgeltliche Anfertigung von Gesuchen für Kriegsbeschädigte, Hinterbliebene und Angehörige von Kriegsteilnehmern zur Erlangung von Unterstützungen verboten ist und stellt strafrechtliche Verfolgung in Aussicht.

Bräut. Ein merkwürdiges Verfahren ist hier bei Verteilung von Lebensmitteln und Innehaltung von Höchstpreisen zu verzeichnen. Durch Verordnung ist der Kleinhandelshöchstpreis für Kartoffeln pro Pfund auf 8 Pf. vom 16. September ab festgesetzt worden. Obgleich das Gemeindeamt diese Verordnung durch Aushang zur Kenntnis bringt, überschreitet es selbst die Höchstpreise ganz beträchtlich.

Es wäre an der Zeit, daß die Behörden auf die Durchführung ihrer Verordnungen etwas mehr Gewicht legen.

Die letzte Zuckerverteilung zu Einmachezwecken ist nach einem anscheinend nur dem Gemeindeamt bekanntem Schlüssel erfolgt. Es haben z. B. Besitzer von Obstbäumen und Strauchern pro Person zum Teil 3 Pfund, andere wiederum 2 Pfund, 1 1/2 bis 1 Pfund Zucker erhalten.

Mehl als Ersatz für Fleisch in den fleischlosen Wochen erhalten die Einwohner des Kreises Danziger Höhe. Mit Ausnahme der Gemeinden Ohra, Emaus, Brentau, die 250 Gramm Mehl erhalten, sollen alle übrigen Gemeinden nur 150 Gramm erhalten.

Die Ferkelpfand des Herrn v. Oldenburg. Der „Welt am Montag“ wird berichtet: „Vom Gut des bekannten M. d. R. Herrn v. Oldenburg auf Januschau wurde vor einigen Tagen die Gärtnerstraße mit Ferkelpfand nach Kofenberg, der seinem Gut zunächst gelegenen Kreisstadt, geschickt.“

Höchstpreise für Schlachtschafe sind für die Provinz Westpreußen mit Wirkung vom 30. September d. Js. festgesetzt worden. Die Preise bewegen sich in der Höhe von 50 bis 100 Mark für 50 Kilogramm Lebendgewicht als Stall.

Ein Schmugglerneß in Reidenburg

ist dort, wie uns berichtet wird, kürzlich von der Behörde ausgenommen worden. Der Wert der beschlagnahmten neuen Anzüge, Pelze und Stoffe wurde auf 40 bis 50 000 Mark geschätzt. Diese Waren sollten nach Mlawka gebracht werden.

Der behördlich genehmigte Nahrungsmittel Fleischextrakt-Ersatz „Ohsena“

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt
Mitglieder-Versammlung
Montag, den 7. Oktober 1918, abends 8 Uhr

Spielplan des Danziger Stadttheaters
Montag, 7. Oktober, abends 7 Uhr: „Die Straße nach Steinach“